



TATblatt

Projekt
Zweitageszeitung
alle 14 Tage
brandaktuell

MINUS 37 NUMMER

(2/92)

28. JÄNNER 1992

PREIS: öS 10,—

Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei ... (AHStG)

Uniwarnstreik in Wien

Am 16.1. streikten StudentInnen der Universität Wien gegen die geplanten Reformen des Wissenschafts- und Forschungsministeriums und seinen Anstifter Busek. Etwa 1500 Studis nahmen an einer Demonstration teil, den ganzen Tag über blieb das Audimax besetzt.

Protestiert wurde gegen weitere Sozialabbau-maßnahmen und eine Universitätsreform, die einen Ausverkauf an wirtschaftliche Interessen mit sich bringen würde.

Weitere Aktionen wurden für März angekündigt.
Mehr dazu ab Seite 2:



Am Geburtstag von Martin Luther King demonstrierten etwa 100 Anhänger des rassistischen Ku Klux Klan in Denver/Colorado. Mit Einsatz von Tränengas und Schlagstöcken versuchten Polizeieinheiten den Faschistenauf-

marsch vor tausenden von GegendemonstrantInnen zu schützen. Die DemonstrantInnen wehrten sich mittels Flaschen- und Steinwürfen und eroberten im Verlauf der Auseinandersetzungen einen Polizeiwagen.

Außerdem:

- # Algerien nach der Machtübernahme durch die Armee
- # Antifaberichte aus Göttingen, Frankfurt, der CSFR und Österreich
- # Kaisermühlen darf nicht Donau-City werden
- # Zum 6. März -- Aktionstag gegen Wohnungsnot
u.v.a.



UNI — WARNSTREIK — 16. 1. 92

Tagesablauf:

(TATblatt-Wien)

ACHTUNG dieses *(Sternchen) nach einem Wort weist auf ein Erklärungsverzeichnis hin, wo ihr die Wörter am Ende des Artikels alphabetisch geordnet erklärt finden werdet. ACHTUNG

Auftakt des eintägigen Aktionstages &



Dankend mußten die Studis den busckschen Reformpräsidenten ablehnen...

Warnstreiks war die Besetzung des Audimax durch die StudentInnen (8 Uhr) mit anschließendem Streikfrühstück (ohne Mampf kein Kampf..)

10h Pressekonferenz (vertreten waren die wichtigsten österr. Medien)

12h Demo der GEWI* gemeinsam mit Abordnungen der Uni für Bodenkultur (BOKU) und der Technischen Uni zum Ministerium & Ballhausplatz — mit ca. 1500 Studis. Nachdem der Minister seinen Präsidenten zurückbekommen hat (siehe Bild) — Kommentar eines Bullen: "Den

muß die MA 48 entsorgen" — , ging die Demo über den Ring vorbei am Parlament zurück zur Uni. Den Nachmittag über wurde im besetzten Audimax diskutiert, während Gruppen von Streikenden durch die Uni zogen und in den Hörsälen in denen Veranstaltungen stattfindenden Diskussionen zum Thema angeregt haben, sofern es nicht überhaupt gelang, die Vorlesung zu beenden. Das Ziel dieser Aktionen war möglichst viele Leute ins Audimax zu bringen, um den teuflischen Plan des Dr. MABUSEK zu durchkreuzen und Alternativen zu erarbeiten. Die Reaktionen der StudentInnen waren dabei keineswegs einheitlich, auffallend war die Uninformiertheit einer überwiegenden Mehrheit der Studis, und zwar nicht so sehr über den Streik selbst, dieser Fehler liegt bei den OrganisatorInnen, sondern ein eklatantes Informationsdefizit über die Inhalte. Die meisten Leute, die wir angesprochen haben, haben dadurch zum ersten Mal von der geplanten UOG (UniversitätsOrganisationsGesetz)-Reform gehört. Dieses Beispiel verdeutlicht, wie gründlich es der Aktionsgemeinschaft* (AG)-dominierten Österreichischen HochschülerInnenschaft (ÖH) gelungen ist, die StudentInnen mit ihrem ewigen Servicegefäß zu entpolitisieren (im Sinne von Gleichschalten, Mundtotmachen). Im Verlauf dazu hat sich die Mehrheit der GEWI*-Profis mit den Zielen der UOG Kritik der Streikenden solidarisch gezeigt — die meisten haben die Lehrveranstaltungen abgebrochen bzw. haben diese benützt, um mit den StudentInnen über die Pläne des Ministers zu diskutieren. Es ist sogar vorgekommen, daß ProfessorInnen die Studis erst

überzeugen mußten, zu streiken (o tempora o mores — was für Zeiten, was für Sitten). Hinzuzufügen wäre noch, daß die Schuld der Uninformiertheit der Mehrzahl der StudentInnen nicht allein bei den OrganisatorInnen liegt, da die "AG-ÖH" nichts unversucht gelassen hat, um den Streik zu sabotieren. Angefangen von den Plakatiertruppen der ÖH, die schon Tage vor dem Streik beschäftigt waren, die Streikplakate



... und brachten ihn seinem Erfinder wieder zurück!

zu entfernen — bis zur Schließung der Hauptausschüßräumlichkeiten am Tage des Streiks. (Eine furchtbare Seuche [nein, nein, nicht was ihr denkt] dürfte sämtliche MitarbeiterInnen des Hauptausschusses, so an die 40 dahingerafft haben, da am Tag des Streiks ein Schild — "Wegen Krankheit geschlossen" — an der Tür zu den Hauptausschüßräumen hing.) Auf der abschließenden HörerInnenvollversammlung wurde ein breiter Konsens erzielt, über die Fortführung der Aktionen, solange bis der Minister sämtliche Vorschläge zurückzieht. Des weiteren wurden die Ergebnisse des Tages zusammengefaßt und eine Resolution verlesen, in der weitere Aktionen für März angekündigt werden.

Resolution der GEWI-HörerInnenversammlung vom 16.1.1992

Zum ersten mal seit viereinhalb Jahren ist das Audi-Max der Universität Wien, welches im Herbst der Ausgangspunkt eines bundesweiten StudentInnenstreiks war, besetzt.

Der erste Schritt ist gemacht. Wir, die betroffenen StudentInnen, beginnen uns zu organisieren.

Der Gründe gibt es genug: Zwei Drittel der Studierenden müssen arbeiten, um sich ihr Studium finanzieren zu können. Wohnungsnot und Mietenwucher, überfüllte Hörsäle, Studienbürokratie, verstaubte Inhalte aus dem Vormärz gehören zu unserem Alltag.

Damit nicht genug. Weitere Sozialabbaumaßnahmen und eine Universitätsreform, die einen Ausverkauf an wirtschaftliche Interessen mit sich bringen würde, sollen durchgesetzt werden.

Wir organisieren Widerstand!

Wir treten ein für: umfassende soziale Absicherungen, einen wirklich offenen Hochschulzugang, eine Universität, die in einer Einheit von Forschung und Lehre in der Lage ist, für die bestehenden gesellschaftlichen, politischen, sozialen, ökologischen Probleme

Lösungsansätze zu entwickeln.

Weitere Protestmaßnahmen sind notwendig, da die Zeit drängt und unsere Situation unerträglich ist.

Wir orientieren uns auf gemeinsame bundesweite Protestaktionen im März. Wir fordern alle StudentInnen, StudienrichtungsvertreterInnen, FakultätsvertreterInnen und andere ÖH-Organen auf, sich an diesen Aktionen zu beteiligen. Ebenfalls hoffen wir auf die Solidarität der SchülerInnen, die die Betroffenen von morgen sind. Wir werden das unsere für eine konkrete Zusammenarbeit leisten.

Ca. 1 Million Menschen leben in Österreich laut offiziellen Angaben unter der Armutsgrenze. Die EG-Anschluß-Politik der Bundesregierung wird die Armen noch ärmer machen.

Wir wissen daher, daß die Grenzen nicht zwischen den Studierenden und der Mehrheit der Bevölkerung, auch nicht zwischen sogenannten InländerInnen und sogenannten AusländerInnen verlaufen, sondern zwischen Unten und Oben.

PS: Die HörerInnenversammlung fordert die Veröffentlichung dieser Resolution in der "Gezeit" und anderen ÖH-Medien.

PLENAS RUNDUM

Aus der HörerInnenversammlung am Abend im besetzten Audi Max gingen gute Ideen hervor. Radio, Theater, Wandzeitung und ein "Spielchen" der Theaterwissenschaftlichen, wie es denn so sein wird, wenn eine Management — Struktur in dem universitären — Alltag Einzug finden wird. z.B. werden dann einige Lehrveranstaltungen wegen nicht Aufbringens der nötigen Sponsoren ausfallen, freundlich aufgemachte Schilder werden die teilnehmenden Lehrveranstaltungsbesucherinnen u. -besucher darauf aufmerksam machen, daß ihnen diese Veranstaltung Siemens, die Pharmaindustrie oder Mercedes Benz widmet. Möglichkeiten der Informationsweitergabe und der Aufklärung der noch nicht oder nur unzureichend informierten Studentinnen und Studenten. Ein Radiotreffen, welches

am Mittwoch dem 22.1. abgehalten wurde, ging schon mal ganz gut über die Bühne. Theater- und Wandzeitungsprojekt haben noch keine Treffen gehabt. Beim Aktionsplenam, das auch am Mittwoch dem 22.1. stattfand, wurde zwar nicht viel beschlossen, dafür aber sehr viel diskutiert. Es fehlte an Zeit und an Struktur!

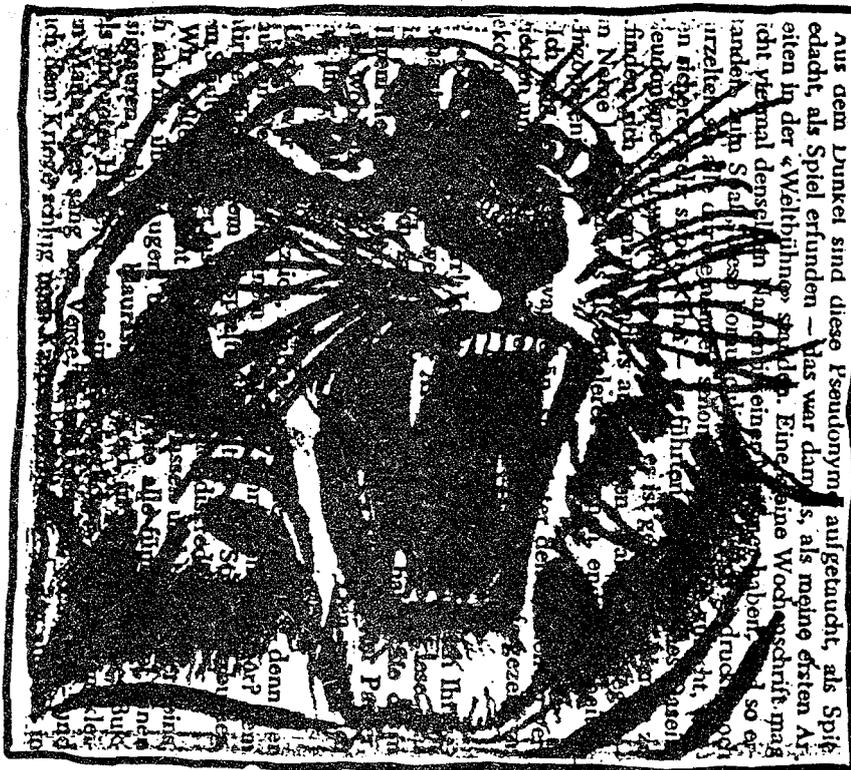
PLENA IM KASTEN

**Aktionskomiteetreffen auf der GEWI, Rooseveltplatz 5A (bei der Votivkirche), 16.00, Mittwoch 29.1.

**Radioplenam auf der GEWI, 19.00, Donnerstag 30.1.

**Theater, Wandzeitung und alle Plena die noch kommen werden: Koordinationstelephon auf der GEWI, Tel. 43 93 54.

**NUR WER DAS MAUL
AUFREISST
ZEIGT ZÄHNE!**



DIE WISSENSCHAFT UND IHRE LEHRE IST FREI ... (§ AHStG)

...wenn dieser Grundsatz auch schon bisher durch die Praxis relativiert wurde, so wird er nun mit der Vorlage des UOG-Reform-Entwurfs durch das Wissenschaftsministerium völlig ad absurdum geführt und ins Gegenteil verkehrt.

Nachdem in den siebziger Jahren u. a. in Folge einer breiten linken StudentInnenbewegung das UOG und das ÖH Gesetz (welche die Möglichkeiten einer studentischen Mitsprache gesetzlich festschreibt) beschlossen wurde, begann schon bald darauf (1978 AHStG) die stückweise Demontage dieses an sich relativ fortschrittlichen Konzeptes.

Der nun vorgelegte Reform Entwurf ist u. a. eine Folge des weltweiten kapitalistischen Modernisierungs und Umstrukturierungsprozesses, in dem kein Platz mehr ist für nicht gewinnbringende öffentliche Institutionen. — So kann mensch hier von einem vorausseilendem Gehorsam des Ministers mit Blickrichtung EG sprechen.

Was bedeuten nun einige "wichtige" Reformvorschläge im einzelnen?...(Quelle: Buseks "Grünes Buch" die neue Universitätsstruktur — Reformkonzept, Diskussionsentwurf vom Oktober 1992)

Aus dem "miesem" Staatsbetrieb Universität, soll eine strahlende Privatfirma werden...

Voraussetzung für die wirtschaftliche Verwertbarkeit der Uni's ist eine eigene Rechtsstellung; die Uni's sollen juristische Personen werden, d.h. Verträge abschließen, Personal einstellen und so weiter. Dadurch erst werden die Rahmenbedingungen für die Drittmittelfinanzierung geschaffen. **Drittmittelfinanzierung** bedeutet, daß die Uni's die Kohle, die sie benötigen, selbst aufstellen können/müssen, womit de facto ein Konkurrenzverhältnis zwischen den Uni's (die sich um Aufträge aus der Privatwirtschaft bemühen müssen) geschaffen wird.

Zum Teil ist diese Entwicklung an der TU Wien vorweg genommen: Am Institut für Elektrotechnik z.B., das mittlerweile wie ein Wirtschaftsbetrieb organisiert ist, gehen die Umsätze in die 100 Millionen. Diese Gelder stammen aus Auftrags(Forschungs)arbeiten für Elektronikkonzerne und Autoindustrie. Das Ganze läuft auf eine Entwicklungsabteilung eines Industriekonzerne mit angeschlossener Schule hinaus.

Bevor jedoch die Wirtschaft irgendwo auch nur einen Schilling investiert, bedarf es einer Überprüfung/Beurteilung des Objektes — ob es denn lohnt.

Stichwort **EVALUIERUNG:**

Das heißt, Leistungsbeurteilung bzw. Überprüfung — was das speziell für die Geisteswissenschaftlichen Fächer bedeutet, kann mensch am Besten an der Evaluierung der Klagenfurter Universität für Bildungswissenschaften (UWB) durch das Management-Büro A.D.Little ersehen: Empfohlen wurde von diesen Experten die Schließung aller geistes- und sozialwissenschaftlichen Studienrichtungen. Einzig Betriebswirtschaft und Informatik wurde eine Daseinsberechtigung zugestanden.

Einher geht dies EG-reifmachung der Uni's mit der **Trennung von FORSCHUNG UND LEHRE**. Für die StudentInnen bedeutet das den Ausschluß von den neuesten Forschungsergebnissen, während von der Privatwirtschaft bezahlte ProfessorInnen im stillen Kämmerlein vor sich hinforschen und die Auftraggeber bestimmen können, was wo veröffentlicht wird.

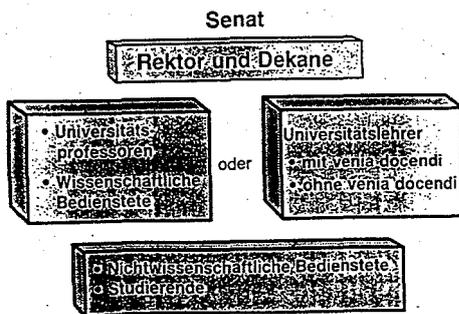
Die Uni wird zum Ausbildungsbetrieb. Der Zugang zu forschendem Lernen bleibt einer studentischen Elite vorbehalten. Zitat von Staatssekretär Ditz (VP): "Wir müssen von der Gleichmacherei der 70er und 80er Jahre wegkommen, und im Hinblick auf den EG-Beitritt eine vorsichtige Kurskorrektur vornehmen!"

Zukunftsversion

Das universitätsPräsidium (oder auch nur Präsidium genannt) leitet eine Universität und entscheidet als Kollegialorgan in allen Angelegenheiten, die nicht ausdrücklich durch Gesetz dem oder der PräsidentIn, dem oder der RektorIn oder anderen Organen zur Entscheidung zugewiesen werden und besteht aus der Präsidentin oder einem Präsidenten, einem Rektor oder einer Rektorin und den VizepräsidentInnen. Die Funktion des Präsidenten oder der Präsidentin ist vom BMWF* bzw. der Holding öffentlich auszuschreiben. Nach Anhörung des Senats und des Kuratoriums



wird sie oder er vom BMWF bzw. der Holding auf 6 Jahre (!!) bestellt. Für eine eventuelle Wiederwahl sieht die Reform weitere 3 Jahre vor. Nicht zu überlesen soll die wichtige Tatsache sein, daß der od. die PräsidentIn ein od. eine vom Minister ernannte Person ist, die mit ihren Vizes, welche vom Präsidenten oder der Präsidentin ernannt und entlassen werden, unifremde, polit- und wirtschafttreue Personen darstellen (unifremde — muß nicht unbedingt sein). Diese Betrachtung erhält in der Summe der Gesamtreform eine wichtige Brückenpfeilerfunktion. Interne Budgetvergabe, Neubestellung von Profs, Ausbau oder sogar Schließung von Instituten sind Aufgaben des Präsidioms. Die Auflösung bzw. beliebige Zusammenlegung der Institute: z.B. Politikwissenschaft kann nur noch in Wien studiert werden oder Japanologie wird aufgelöst und kann im Hinblick auf den EG Beitritt nur noch in München studiert wer-



den. Diese Auflösung der Institute gibt es jetzt nicht. Mit der Satzung* die vom Senat mit noch einigermaßen Mitsprache von Studierenden ausgearbeitet wird, kann das Präsidium welches Obermacht und keine Studierenden noch Profs in seinen Reihen hat, die konkreten strategischen Entscheidun-

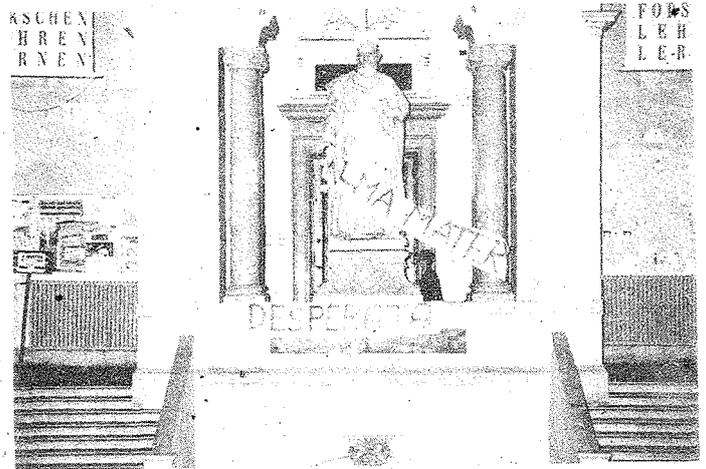
gen alleine treffen.

Der Senat soll aus der Rektorin oder dem Rektor, der od. den DekanInnen* und aus Vertretern und Vertreterinnen der folgenden Skizze bestehen: =hoppala= siehe Seite 5 unten

Der Rektor bzw. die Rektorin wird vom Senat selbst gewählt und abberufen (Funktionsperiode 4 Jahre). Generelle Stellungnahmen zur Besetzung des Präsidenten oder der Präsidentin werden genauso vom Senat abgegeben, wie zur Bestellung der VizepräsidentInnen. Vorgabe strategischer Ziele für die Entwicklung der Uni in Forschung und Lehre und Satzung* der jeweiligen Unis sind weitere Aufgaben des Senates. Im eigentlichen ist der Senat (auch) als eine Art Kontrollfunktion für das Präsidium anzusehen, sehr viele Aufgaben fallen nämlich in diesen Bereich. Wobei diese Kontrollfunktion, anhand der Gesetze die dem Präsidium und dem oder der Präsidentin zugesprochen werden, einer gewissen Sinnkrise ausgesetzt wird. Anhand der folgenden Zitate aus der Reform wird nämlich klar, daß das Präsidium sicherlich in allen Fällen "den längeren Arm" besitzen wird. Eine Kostprobe aus dem Reformkonzept: "5.16. Das Präsidium hat Beschlüsse des Senats, die das Präsidium für rechtswidrig oder nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit für nicht vertretbar hält, dem Senat zur neuerlichen Entscheidung vorzulegen. Beharrt der Senat auf seinem Beschluß, hat das Präsidium den BMWF bzw. die Holding zur Entscheidung in dieser Angelegenheit anzurufen." Und ist das ganze Präsidium nicht bereit die Interessen der Wirtschaftlichkeit zu vertreten..., so weiter im Text: "5.17. Der Präsident hat Beschlüsse des Präsidioms, die er für rechtswidrig oder nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit für nicht vertretbar hält, dem Präsidium

zur neuerlichen Entscheidung vorzulegen. Beharrt das Präsidium auf seinem Beschluß, hat der Präsident den BMWF bzw. die Holding zur Entscheidung in dieser Angelegenheit anzurufen." Zitat ENDE!

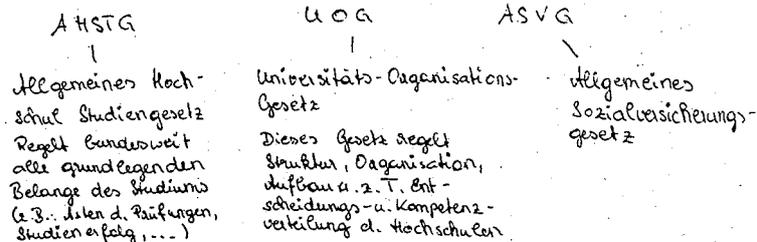
Der Senat verfügt nicht über so eine Gesetzesgewalt.



"verzweifelte hohe Mutter"

Holding oder Wissenschaftsrat werden, egal welche von beiden nun in ihr Amt ge-

DREI GESETZE DIE STUDIERENDE ZUR REFORM BETREFFEN



setzt werden, die Universität zu managen versuchen. Firmenmäßig wird sich die Uni in Zukunft selbst finanzieren müssen. Und soll natürlich wie auch eine andere Firma Profit abwerfen. Diese Tatsache wird allen finanzversprechenden Studien zugute kommen, sie werden forciert und erhalten zumindest die (Infra)Struktur betreffend, gute Chancen. Geistige und selbstgestalterische Fähigkeiten werden durch Wirtschaftlichkeit ersetzt. Die Uni muß durch die Drittmittelfinanzierung Geld herein bekommen. (siehe dazu Drittmittelfinanzierung) Die Holding oder der Wissenschaftsrat wird sicherlich und unweigerlich eine Verantwortlichkeit übernehmen, die bis jetzt das Ministerium zu tragen hatte. Der Druck auf die Holding oder auf den Wissenschaftsrat wird ein anderer sein als der, welcher das Ministerium genoß. Auch wird der Druck auf die Holding, Geld aufzustellen ein anderer sein, als auf einen ministerium-näheren Wissenschaftsrat (siehe dazu Skizzen). Aber auf alle Fälle wird die Bestrebung sich zu bewähren ungeahnte Mittel und Wege zum Vorschein bringen.

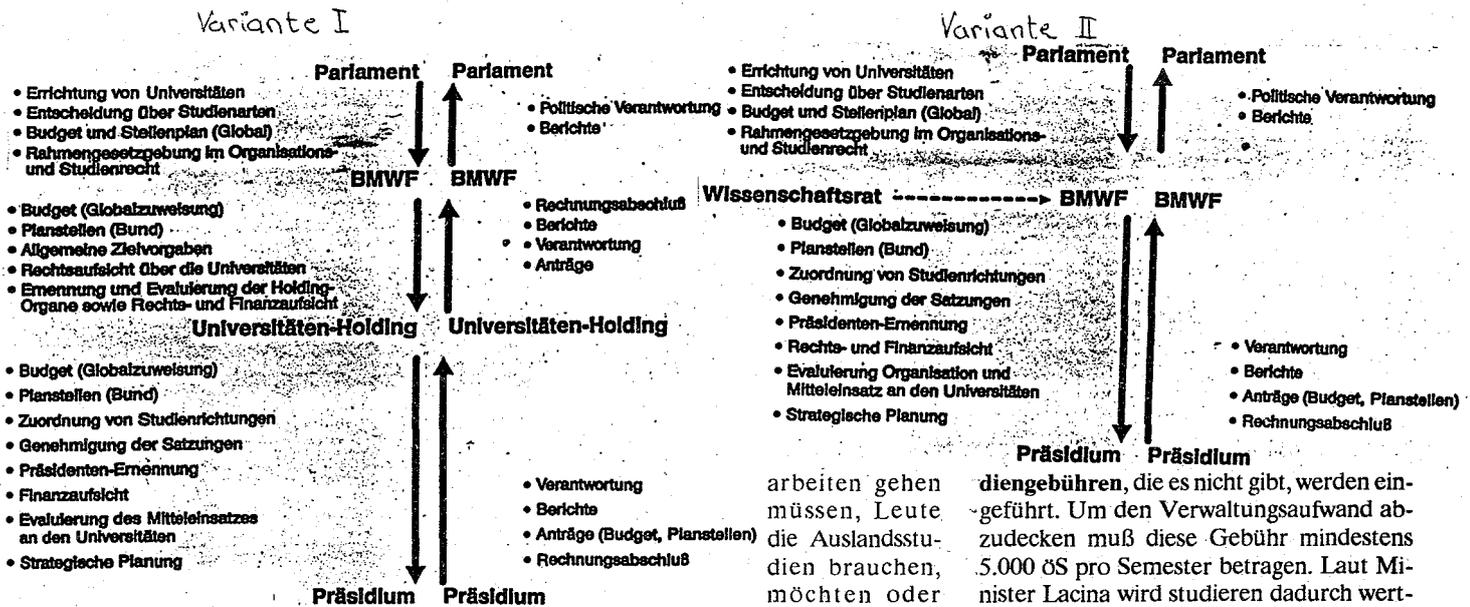
anzurufen." Und ist das ganze Präsidium nicht bereit die Interessen der Wirtschaftlichkeit zu vertreten..., so weiter im Text: "5.17. Der Präsident hat Beschlüsse des Präsidioms, die er für rechtswidrig oder nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit für nicht vertretbar hält, dem Präsidium

Professorinnen und Professoren werden durch die Reform nunmehr auf Zeit angestellt. Nähere Einzelheiten werden dem Reformpapier nicht beigelegt. Die zeitliche Begrenzung wird nicht benannt. Zur Zeit haben die Profs keine zeitliche Begrenzung ihrer Verträge zu befürchten.

gegeben ist, mit 120 öS pro Monat selbst Versichern konnte. Und das bis zu 35 Jahren. Diese neue Regelung klingt zwar anfangs recht locker, aber Frauen und Männer die ein oder mehrere Kinder zu ernähren haben, Leuten die sich ihr Geld fürs Studium fehlt und sie neben dem Studium

tiert. Sozial Schwache werden ausgefiltert. Auch Leute die ein eigenes Lernprogramm und eigene Lerngeschwindigkeiten haben, müssen sich, können sie nicht noch weiter vorgegebene Geschwindigkeit und Lernart einhalten, von der Uni verabschieden. Sie werden zukünftig rausgeschmissen. Stu-

STAAT - UNIVERSITÄT



Beide Verhältnisse sind nicht besonders Problemangepaßt. Während die Professur auf Lebenszeit wenig Flexibilität zuläßt, stürzt die Professoren und Professorinnen die sich nicht konform bewegen und lehren der Reformvorschlag in leicht eliminierbare, auswechselbare und "brave" Rahmenbedingungen, um ihren Job nicht zu verlieren. Auch die Assistenten und Assistentinnen haben mit der Reform eingeschränkte und aufdiogtrierte Arbeitsbedingungen zu erwarten.

für die wird die Zeit knapp. Kommt dazu, daß die Stipendien die bis jetzt an das Einkommen der Eltern gekoppelt waren, auch

arbeiten gehen müssen, Leute die Auslandsstudien brauchen, möchten oder machen müssen, diengebühren, die es nicht gibt, werden eingeführt. Um den Verwaltungsaufwand abzudecken muß diese Gebühr mindestens 5.000 öS pro Semester betragen. Laut Minister Lacina wird studieren dadurch wertvoller. Was es wirklich sein soll: ein weiterer "sozialer" Numerus Clausus* und eine Disziplinierungsmaßnahme, um die Studienzzeit zu verkürzen.

Fortsetzung v. Seite 4: Zahlenverhältnisse der VertreterInnen

im Verhältnis	Variante I	im Verhältnis	Variante II
2	Uni. Profs	3	Uni. LehrerInnen mit venia docendi*
1	wissenschaftl. Bedienstete*	1	Uni. LehrerInnen ohne venia docendi*
1	Studierende	1	Studierende
	nicht-wissensch. Bedienstete		nicht-wissensch. Bedienstete

Im Senat haben unabhängig von seiner zahlenmäßigen Größe insgesamt zwei VertreterInnen der nicht-wissenschaftlichen Bediensteten Sitz und Stimme.

Die Selbstversicherung wird von 120 Schillingen auf mindestens 250 öS bis 1750 öS pro Monat steigen. Wer für sein Studium länger als die doppelte Mindeststudiendauer braucht, muß den vollen Betrag zahlen. Bis jetzt ist es so, daß sich frau/man, wenn kein Anspruch auf Familienbeihilfe mehr

noch mit "entsprechender" Leistung verbunden wird. Ein Kredit wird vergeben aber unter härtesten Bedingungen. Spätestens hier beißt sich Busek in den Schwanz. Studierende dies eh schon schwer haben, werden durch diese Erschwernisse ausselek-

Was die verschiedenen Stellungnahmen bezüglich der Reform Buseks angeht, so kann durchaus ein Grundkonsens übermittelt werden, der sich gegen die Reform richtet. Holding, Präsident, Vorschläge die auf eine organisatorische Trennung von Forschung und Lehre hinauslaufen, Planung einer Hochschulreform ohne Einbeziehung der Universitätsangehörigen, Instituts- und Fakultäts-schließungen, so soll die Zukunftsversion "UNI NEU" für die direkt Betroffenen nicht aussehen. Und zwar wird hier auf Stellungnahmen der verschiedenen Studienrichtungsvertreterinnen und -vertreter genauso Bezug genommen, wie auf die Rektorenkonferenz Österreichs und der Stellungnahme des Akademischen Senats der Uni Wien.

Kleines Studi-Wörterbuch

- *AG: Aktionsgemeinschaft — konservative Uni. Partei, sitzt in sehr hohen und vielen Ämtern und Positionen
- *BMWF: Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung
- *DekanInnen: leitende Verwaltungsmenschen der einzelnen Fakultäten*
- *Fakultäten: Studienrichtungszusammenfassungen (z.B. sind in der Geisteswissenschaftliche Fakultät: Geschichte, Anglistik, Germanistik, noch andere verschiedene Sprachstudien, u.s.w. zu einer Vertreterin zusammengeschlossen)
- *GEWI: siehe Fakultäten
- *Numerus Clausus heißt hier: kontrollierte Zugangsbegrenzung auf den Unis
- *Satzung: sie löst das jetzt geltende Universitäts-

organisationsgesetz (UOG) ab: die Satzung soll von jeder einzelnen Uni erstellt werden, eingeschränkt in ihrer "Autonomie" durch wirtschaftliche Richtlinien des Präsidiums: im Gegensatz zum UOG, das eine allgemeine Studienordnung gültig für ganz Österreich regelt. wird es keine gemeinsamen Studienpläne und Studienordnungen mehr geben, an die Stelle von für ganz Österreich geltende Studienpläne und -strukturen treten einzelne Satzungen, die nach den lokalen Wirtschaftsinteressen ausgerichtet werden können, Satzung; das heißt auch an einen Studienort gebunden (Freiheits- und Bildungsbeschränkung), Heranzüchten von Elite- und Fachhochschulen; die Satzung regelt insbesondere Dinge wie Errichtung, Benennung und Auffassung ver-

schiedener organisatorischer Einrichtungen, Zahl und Aufgabenbereiche von Mitgliedern versch. Organe, Entscheidungsstrukturen im Groben und eine Dienst- und Besoldungsordnung für Privatangestellte der Uni. (ergänzend zum Angestellten — Gesetz)

*wissenschaftliche Bedienstete sind zum Beispiel AssistentInnen, DozentInnen, alle Personen mit Lehrauftrag, alle ohne Lehrauftrag, wie zum Beispiel DissertantInnen die für das Institut forschen, zählen zu den nichtwissenschaftlichen Bediensteten

*venia docendi: heißt, die Möglichkeit eine gewisse Stundenanzahl von selbstgestalteten Lehrveranstaltungen, ohne dafür eigens eine Genehmigung einholen zu müssen

Polizei geht mit gezogener Waffe gegen RadioaktivistInnen vor

(Alexander)

„Bleib steh, drah di um!“ mit solch einer Sprache wurde am Sonntag, den 12. 1. etwa um viertel vier am Nachmittag im Hofe der Alten TU ein Radioaktivist perlustriert. Abklopfen, Ausweis. Scheinbar sachfremdes Argument: Es seien Süchtige in das Haus eingedrungen.

Zu diesem Zeitpunkt war die sonntägliche Gemeinschaftssendung aller Sender bereits etwa 1 1/4 Stunden am Laufen. Es hatte gegeben: einen Beitrag von der Medienwerkstatt Linz, die in Zusammenarbeit mit der FERL (Federation Europeene des Radios Libres - eine europaweite Organisation freier, nichtkommerzieller Radios) im vergangenen November im ORF in Selbstverwaltung eine Programmreihe produziert hatte und in diesem Zusammenhang mehrere oberösterreichische Politiker, darunter Ratzenböck interviewt hatten. Weiters einen Beitrag von den Sisters in Voice über 2 Veranstaltungen der Frauenabenduni in der TU; einen Beitrag über Sozialabbau bei StudentInnen. Dann wurde noch der StudentInnenstreik vom 16. 11., sowie das Radiofest im WUK für Samstag, den 25. Jänner angekündigt.

Aber diesem Staat sind offensichtlich schon in Eigenregie erstellte Interviews mit ÖVP-Bossen und Berichte über ORF-Sendungen zuviel. Das kann er nicht haben. Nach dem Kleinmanöver im Lichthof wurde noch eine Musiknummer gesendet, dann mußte die zivilgesellschaftliche Tätigkeit abgebrochen werden. Eine Sendung über von Studentinnen und Professorinnen der Wirtschaftsuniversität gemeinsam erstellte Konzepte, sowie ein Interview mit zwei deutschen AntifaschistInnen konnten, dürfen nicht mehr gesendet werden.

Denn: es wurden plötzlich sämtliche Ausgänge und Aufgänge des Gebäudeteils, in dem sich an jenem Tag die Produktion befand, blockiert. Etwa 20 Polizisten drangen nach und nach in den universitären Raum ein. Auch in einem Nebenhaus in der Paniglgasse wurden drei Polizisten geschickt! Einige der unsere Produktion störenden Elemente gelangten an den Zeichensälen vorbei (universitäre Autonomie gibt es in Österreich nicht!) in die Bar, in der sich etwa 10 Leute befanden. Ein Polizist zieht seine Pistole, er äußert den Satz: „Was tust ihr da, Ö 3 stören?“ (Anm.: Wer ist hier rauschgiftsüchtig?), schreit einen, der vor der Glastür steht, die zu einem anderen Stiegenhaus führt, an: „Geh aus dem Weg!“ und rennt, mit gezogener Pistole, das Stiegenhaus hinauf, Richtung Dach.

Dort befinden sich 2 unabhängige RadioaktivistInnen. Einem, der ein Sendegerät bei sich hat, werden Handschellen angelegt, das Gerät wird beschlagnahmt. Etwa 6 bis 8

Leute sind nachgekommen, sie protestieren. Einer Frau wird mit der Pistole gedroht: die Pistole wird etwa von einem Meter Entfernung auf sie gerichtet. Auch in Richtung einer zweiten Person wird die Waffe gerichtet, aber nicht direkt auf den Körper. „Haut ab!“ heißt es zu den Übrigen. Nach diesem Versuch staatlicher Argumentation wird die Waffe eingesteckt und Verstärkung gerufen. Innerhalb kürzester Zeit sind drei weitere Ordnungshüter da. Hinter der Lüftung am Dach wird ein weiterer Pirat gefunden, der sich dort versteckt hat. In diesem Land muß man sich wie Getier in Ritzen und Winkeln verstecken.

Einer wird abgeführt und ins Kommissariat Taubstummengasse gebracht.

Da heißt es: „Kannst du nicht grüßen?“ „Wie lange dauern die Sendungen?“ Und sie sagen, sie wollen ihm helfen, wenn er das

und das sage. „Wem gehört der Sender?“ Insgesamt jedoch ist das Verhalten der Polizei vorbildlich, besonders weil der Rechtsanwalt nachgeeilt war, und auch der Rektor der Technischen erschien, der sich für die Freilassung einsetzte. Ursprünglich hatten sie ihn so lange warten lassen wollen, so war ihm mitgeteilt worden, „bis die Post kommt.“ (Scheint neben der Kronenzeitung, Haider und Vranitzky die höchste Instanz hier im Lande zu sein.) Außerdem war ihm mit einer Diebstahlsanzeige gedroht worden.

Er sagte nichts, da er nichts zu sagen gehabt hätte, als das was in aller Öffentlichkeit bekannt ist, was von autoritativen Personen unterstützt wird und worauf sich in jeder berufen kann, und das kann man überall, im In- und Ausland lesen.

Leserinnenbrief

an die frauen und männer des tatblattkollektivs, insbesondere an die frauen.

wir finden die veröffentlichung des artikels „wien ist anders - wohnungskampf auf österreichisch“ falsch, weil wir denken, daß die konflikte unter frauen, bzw. die auseinandersetzung darüber nicht in einer gemischten zeitung geführt werden kann.

wir finden die veröffentlichung dieses artikels zum kotzen!

ihr habt wirklich noch immer nix geschallt! euer verhältnis zu lesben/frauenstrukturen ist ein unklares, anders können wir uns das nicht erklären.

in dem veröffentlichten artikel geht es offensichtlich um einen konflikt zwischen frauen, die gemischt organisiert sind und lesben/frauen, die in frauen/lesbenstrukturen organisiert sind.

wir meinen, diese konflikte müssen unter frauen, bzw. in deren medien geführt werden.

wir fordern deshalb auf, etwaige leserinnenbriefe als reaktion auf dieses flugblatt direkt und unveröffentlicht an die „lesben/frauen-nachrichten wien“ zu schicken, bzw. an die „amazona“. wir werden das auch tun.

lesben/heteras aus wien, frankfurt, berlin anmerkung:

nur kurz: um wohnungsnot kann es sich im speziellen fall nicht handeln. vor ca. 3 monaten hab ich den hetera-gästinnen der betreffenden wohnung eine wohnung angeboten um die ich mich bei der hausverwaltung bemüht habe.

3 zimmer, bad, klo, gänge extra, etc.

diese wohnung sollte für frauen/lesben sein oder für genossinnen aus anderen ländern.

die hetera-gästinnen bestimmten in der betreffenden wohnung zu bleiben.

die angebotene wohnung vermittelten sie an studis weiter.

das gejammer von „wohnskampf“ (?) im artikel hat somit keinen realen hintergrund. (wir fordern die veröffentlichung dieses briefes im tatblatt).

hier noch ein beispiel für euch tatblattkollektiv: aus interim nr. 174, 19.12.91., seite 2:

„liebe delogierte frauen aus wien, wir werden euer papier an die „amazona“ weiterleiten: dort kann auch das flugblatt der lesbischen frauen veröffentlicht werden. was unserer meinung

nach für eine faire auseinandersetzung notwendig ist.
gruß die i.-frauen“ (zitatsende)

Für mich ist es eine Entscheidung der betroffenen Frauen, in welchen Medien sie ihren Artikel veröffentlicht haben wollen, solange er nicht rassistisch, sexistisch, ... ist. Offensichtlich halten diese Frauen den Konflikt nicht für einen frauenspezifischen. Hätten wir aufgrund des Geschlechtes der Betroffenen die Veröffentlichung abgelehnt, dann wäre das für mich frauenfeindlich gewesen. Und wenn Personen irgendwie zum Artikel Stellung beziehen wollen, will ich es auch weiterhin ihrer Entscheidung überlassen, wo sie sie veröffentlichen haben wollen.

Das Einzige, worüber wir selbst nicht glücklich wären, war die Platzierung in der Zeitung: Eigentlich hätte der Beitrag unter der Rubrik „Meinungen, Diskussionen, ...“ im hinteren Teil der Zeitung erscheinen sollen. (siehe auch „nix geschallt“)

Übrigens: Eure Anmerkung finde ich durchaus inhaltlich auf den Artikel bezogen und eurer aufgestellten Forderung widersprechend.

Ich finde es außerdem schade, wenn wir Frauen es nicht schaffen, eventuelle Konflikte zwischen uns anders als im betreffenden Fall zu lösen.

Eine TATblätlin

NIX GESCHALLT... ?

Wir haben uns für den Ausdruck der Gedächtnisprotokolle und der Chronologie der Ereignisse um die betreffende Wohnung (in dem Text „Danielagasse“ genannt) entschieden, weil a) die betroffenen Frauen von sich aus mit der Bitte darum an uns herangetreten sind, und b) weil wir die Vorkommnisse in diesem Zusammenhang auf jeden Fall für diskussionswürdig halten.

Wir haben allerdings anzumerken, daß sich der Text durch einen Fehler beim Layout nicht in dem üblicherweise für Diskussionsbeiträge verwendeten Teil der Zeitung fand, und so der Eindruck eines redaktionellen Beitrags entstand. Daß sich der obige Leserinnenbrief nun im „Diskussionsteil“ findet, ist mit keiner Wertungsabsicht verbunden.

Die TATblat-Männer

Feierliche Angelobung

Prozeß gegen AntimilitaristInnen am 25. Februar

Alle Jahre wieder finden an verschiedenen Orten Österreichs mehr oder weniger machtvolle Demonstrationen von Angehörigen des Österreichischen Bundesheers statt. Genannt werden sie "Angelobung" und teilnehmen darf bei weitem nicht jeder. Ungebetene TeilnehmerInnen gab es vergangenen Oktober bei der Angelobung in Weyer/OÖ. Die Konsequenzen seien im Folgenden kurz geschildert.

(TATblatt-Wien)

Am 16. Oktober 1991 waren nicht nur die Angehörigen (besser: Anzugehörenden) der diversen Armeen unseres Nachbarlandes Jugoslawien aktiv, auch im oberösterreichischen Weyer begaben sich die Soldaten — teils mit Freuden, teils gezwungenermaßen — an die Öffentlichkeit. Die feierliche Angelobung der zwangsvergnügten "Jungmänner" stand am Programm.

Auf einer eigens aufgebauten Tribüne am Hauptplatz des Ortes durften honorire BürgerInnen und andere Würdenträger aus dem öffentlichen Leben Platz nehmen, um auf die Vaterlandstreue zu schwören habenden Burschen hinabzublicken.

Weniger honorire BürgerInnen wollten die Gelegenheit beim Schopf packen, ihre Meinung zum Bundesheer öffentlich kund zu tun. Auf einer Bahre sollte ein "toter Soldat" über den Platz getragen werden

und, unterstützt durch Transparente, zum Nachdenken anregen. Wie durch ein Wunder hatte auch die Sterbeglocke der nahegelegenen Kirche zu läuten begonnen.

Allein, die Bahre kam nicht so weit. Schon in einer kleinen Seitengasse, auf dem besten Wege zum Platz, wurde die hintere Bahrenträgerin durch einen (ungeschickten?) Gendarmen zu Fall gebracht, woraufhin ihr und in der Folge auch ihrem Vordermann die Bahre aus den Händen glitt. Der transparenttragende Trauerzug wurde ebenfalls abgestoppt. So fand sich ein Aktivist plötzlich ganz allein vor der feierlichen Menge. Und hielt eine Ansprache. Daß sie nicht alles glauben sollten, was man versuche, ihnen einzureden, daß sich die Leute nicht zu Mördern ausbilden lassen sollten usw.. Dann kam die Militärpolizei. 3 Polizisten warfen den einsamen Redner gegen die Tribüne. Dann wurde er wieder herausge-

fischt und in ein stilles Seitengäßchen gebracht. Dann nahm sich die Gendarmerie mit den Worten "So, du rotschädlerter Hund, ..." seiner an. Mit einem zweiten Aktivist wurde er auf den Posten gebracht.

Der Prozeß gegen 5 Antimilitaristinnen wird am 25. Februar in Steyr eröffnet. Und zwar lautet die Anklage gegen die BahrentägerInnen "Widerstand gegen die Staatsgewalt" (mit bis zu 3 Jahren Haft bedroht), weil sie — nach dessen Aussage — den obengenannten Gendarmen 12 m weit mit der Bahre mitgeschleift haben sollen (ob er da nicht irgendetwas verwechselt hat?); gegen drei weitere Personen wurde Anklage wegen "Störung einer Veranstaltung" (weil sie sich angeblich den Anordnungen eines Gendarmen widersetzt hätten; mit bis zu 3 Monaten Haft bedroht) erhoben. •

piranha
sozialistisches Jugendblatt
HERAUSGEGEBEN VON 3 DM NUMBER 11

KNAST:
MAUERN DURCHBRECHEN!!!



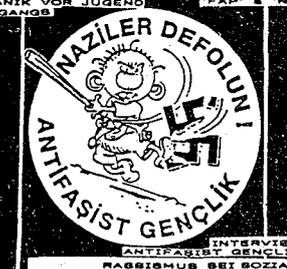
weitere Themen:
Hoyerswerde ist überall:
Rassismus gegen Flüchtlinge

Sozialistisches
Jugendlinf o

Herausgegeben von verschiedenen linken autonomen Jugendgruppen in der BRD. Seit 89 ein Versuch zur Vernetzung. piranha erscheint etwa alle 3 Monate. Einzelheft 3 DM. A b o : für Jugendliche 5 Ausgaben = 15 DM, VollverdienerInnen = 30 DM, für Gefangene umsonst. Geld in Briefmarken (à 0,60 DM) beilegen oder überweisen: Konto Olaf Berg, 1251/45 63 47, HASPA, BLZ 200 505 50. Bestellung & Kontakt: piranha, Karolinenstr. 21/2, W-2000 Hamburg 36.

piranha
sozialistisches Jugendblatt
HERAUSGEGEBEN VON 3 DM NUMBER 10

PANIK VOR JUGEND
MILITANTE NEONAZIS:
"FAP" & "NP"



ANTIFASIST GENGLIK
ANTIFASIST GENGLIK
INTERVIEW
RASSISMUS BEI SOZIAL
ABGESICHERTEN JUGENDLICHEN

**Doppel LP
mit
Booklet**



**noise
against
repression**
international compilation

**OUT
NOW**

Happy But How · Sex Murder Art · What The Butler Saw · Solanaceae
Tau · IEP · Memento Mori · Happy Sad · Accident Mouth · Israelvis ·
Brainstorm · Graue Zellen · F.U.A.L. · Schlagende Wetter · The Plot ·
The Ex · W.W.K. · Kalaschnikov · Active Minds · Marzipanok ·
Toys Are Us · Kämpfende Herzen · Trespassers W · Verdun

bei USFA c/o UWZ, Scharnhorststr. 57, 44 Münster

Stück 25DM , ab 5St. 23,50 , ab 10St. 22DM
plus Versandkosten : bis 3 Exemplare 4DM
bis 8 Exempl. 5,80 , bis 10 Exempl. 6,70
15 Ex. 9,40 , 20 Ex. 11,20 , 25 Ex. 14,60

Kaisermühlen darf nicht Donau-City werden!

Expo-Nachnutzung nun flächengewidmet

(TATblatt-Wien)

Am 23. Jänner beschloß der Wiener Gemeinderat mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ die Flächenwidmung für das "EXPO-Gelände" beim Donaupark. Denn auch ohne EXPO-Hauptnutzung soll die sogenannte Nachnutzung des Geländes verwirklicht werden: In Form einer von der "Wiener Entwicklungsgesellschaft für den Donauroum AG" — kurz WED — konzipierten "zweiten Wiener City", der "Donau-City", wie ihr neuer zugkräftiger Name nun lautet.

Die WED wurde bekanntlich noch zu Zeiten hehrer EXPO-Pläne am 2. Mai 1991 als AG gegründet. Die Aktien befinden sich heute zu 70% im Besitz der CA, der Ersten österreichischen Spar-Casse, der Investitionskredit AG, der Bundesländer-Versicherung, der Bank Austria, der Girozentrale und der BAWAG. 20% gehören dem skandalumwobenen japanischen Investmentkonzern Nomura und der Rest der Wiener Holding über ihre Tochterfirma, der "Wiener Hafens und Lager Ausbau- und Vermögensverwaltungsgesellschaft m.b.H.". Aufgabe der WED ist die Entwicklung neuer, "ungegenutzter" Areale zu städtebaulichen Entwicklungsgebieten, wie des ehemaligen Flughafengeländes in Aspern, des ach-so-ungenutzten Frachtenbahnhofes Wien Nord oder eben des EXPO-Geländes.

Die "Donau-City" am EXPO-Gelände soll sich durch "optimale Mischung aller Stadtfunktionen respektive Nutzungen" ebenso auszeichnen, wie durch "eine einzigartige Symbiose von Stadt und Natur, Wasser und Land, Arbeit und Vergnügen", und ähnlichen Schmonzes (Zitate aus: W. M. Markowitsch: "Die Donau-City: Ein zweiter Stadtkern für Wien" in "Perspektiven" 6/7/91, einer in Zusammenarbeit mit der Stadt Wien herausgegebenen Zeitschrift über Stadtentwicklung). Andere Leute befürchten eher eine Geisterstadt, mit übergewichtiger Büro-Nutzung.

Die Verkehrsfrage ist bei dem Zukunftsprojekt freilich auch so gut wie "gelöst": Vorrang hat der Öffentliche Verkehr, weil das halt so gut klingt. Schließlich ist durch die U1 eine hervorragende Anbindung gewährleistet (daß die U1 schon heute in der Stoßzeit überlastet ist, ist da doch egal, schließlich ist die neu zu errichtende U6-Station Neue Donau in läppischen 30 Gehminuten zu erreichen), usw. Vom Autoverkehr wird nichts zu sehen sein: Der soll, soweit wie möglich, unter die Erdoberfläche verlagert werden (von Parkgaragen bis zur

Autobahnüberplattung, siehe auch alte TATblatt-Artikel zur EXPO). Aus dem Auge, aus dem Sinn.

"Insgesamt werden laut Vertrag zwischen der Stadt Wien und der WED 470 000 m² Bruttogeschossfläche errichtet werden. Der größte Teil entfällt auf Büros und Geschäfte. Sämtliche Geschäftslöcher und Büros werden mit dem modernsten technischen Komfort ausgestattet werden, wie



ihn internationale, moderne Unternehmen in Wien bis dato nur sehr schwer finden konnten. Mit UNO und Konferenzzentrum im Hintergrund wird höchsten Ansprüchen eine ideale Infrastruktur geboten. Hier sollen sich auch Unternehmen der Hochtechnologie ansiedeln, neue elektronische Medien, Elektronikkonzerne, Umweltschutzlabors beispielsweise. (...) Die Donau-City soll 15 000 bis 17 000 neue Arbeitsplätze für Wien schaffen. (...) zehn bis zwanzig Prozent der Gesamtnutzfläche entfallen auf frei finanzierte Wohnungen. Den konkreten Prozentsatz wird die WED auch nach den Vorstellungen der Nutzer und internationalen Interessenten richten, die Planungen im einzelnen also der Nachfrage anpassen. Aus diesem Grund ist die Errichtung der Donau-City in mehreren Etappen vorgesehen. Das gesamte Projekt wird privatwirtschaftlich, ohne Subvention der öffentlichen Hand, errichtet und geführt. Der Kaufpreis beträgt 3 800 Schilling pro Quadratmeter Bruttogeschossfläche. Mit einem Gesamtinvestitionsvolumen in der Höhe von 15,5 Milliarden Schilling wird gerechnet. Alle Objekte können gekauft, geleast oder gemietet werden. Auf der Preisbasis 1991 beträgt die Büromiete voraussichtlich um S 200,—/m², die Wohnungsmiete voraussichtlich um S 100,—/m². (...) Während des Jahres 1992 wird mit dem Bau der Überplattung der A22 begonnen. Bis 1996 ist die Fertigstellung des ersten Bauabschnittes — mit den beiden Hochhäusern als Wahrzeichen — mit rund 80 000 m² Geschossfläche vorgesehen." (Zitat Markowitsch in dem schon weiter oben erwähnten Artikel. Ähh, übrigens: Markowitsch ist Vorstandsmitglied der WED, kaum zu glauben, oder?)

Bei aller Rührung über all das Schöne,

das da kommen wird, drängt sich bisweilen jedoch die Erinnerung auf, daß eigentlich eine überwältigende Mehrheit der WienerInnen bei einer Volksbefragung gegen die EXPO votiert hat. Soll sich diese Meinung nun so sehr geändert haben? Wird die "Nachnutzung" aufgrund des Wegfalls der "Hauptnutzung" nun begeistert angenommen und erwartet? Laut Gallup-Institut: Ja! Aber daß sich mit Meinungsumfragen praktisch alles beweisen lassen kann, was bewiesen werden soll, kann als hinlänglich bekannt vorausgesetzt werden. Bleibt das Damoklesschwert einer vielleicht möglichen neuerlichen Volksbefragung, wie sie beispielsweise von den Grünen gefordert wird, über dem Donau-City-Projekt hängen. Von aktivem Widerstand der betroffenen Bevölkerung wollen wir an dieser Stelle ausnahmsweise mal nicht träumen. Was aber wäre nun, wenn auch die Donau-City bei einer Volksbefragung abgelehnt würde, wie es zuvor ebenso überraschend mit der EXPO geschehen ist?

Daß es zu diesem Problem gar nicht erst kommt, ist mit der elenden Volksbefragerei vorerst endlich mal wieder Schluß.

Hannes Swoboda — damals Amtsführender Stadtrat für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Personal in Wien — und Lothar Fischmann — Presseferent — in einem wegbereitenden Aufsatz "Bürgerbeteiligung bedeutet Bürgerverantwortung", erschienen Ende letzten Jahres in Perspektiven 6/7/91:

"Nicht zuletzt in der politischen Auseinandersetzung vor der letzten Gemeinderatswahl wurde dezidiert die Frage gestellt, ob es für die Donau-City (nach EXPO-Beispiel) eine Volksbefragung geben werde. Die Antwort lautete ebenso dezidiert: Nein."

Swoboda und Fischmann bleiben freilich keine Begründung schuldig:

"Die Begründung: Festlegungen oder Änderungen von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen können in ihrer Komplexität nicht Gegenstand von Ja/Nein-Befragungen sein. Die Donau-City liegt überdies derzeit von möglichen Anrainern geradezu isoliert, in 'Inselage'. (...)

Grundsätzlich wird unsere Stadtentwicklung wohl nur dann funktionieren, wenn wir nicht in Schwarzweiß malen, wenn wir nicht simple Ja/Nein-Entscheidungen fällen (lassen), sondern wenn es gelingt, etwa wie in einer Familie, prozesshafte Entscheidungen und damit Entwicklungen herbeizuführen, in denen alle 'Familienmitglieder' gleichermaßen auch einem Lernprozeß unterworfen sind.

Hauptaufgabe der Stadt dabei wird es sein, jenes Maß und jene Qualität an Information 'hinüberzubringen', die notwendig sind, um Verständnis für die künftigen Entwicklungen zu erzeugen."

Weiterer Kommentar ist wohl langsam überflüssig. ●

Schweiz:

Tränengas gegen Bäuerinnen und Bauern

(TATblatt-Wien)

Am 9. Jänner demonstrierten 12.000 bis 15.000 Menschen in Bern gegen die schweizerische und die GATT-Agrarpolitik.

Der Bauernverband des Kantons Bern hatte zur Großdemonstration aufgerufen, zehntausende kamen: Die schweizer Bauernschaft sieht sich durch weltweite, vom GATT (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen) vorgeschlagene Subventionskürzungen und einem möglichen EG-Beitritt in ihrer Existenz gefährdet.

Unter Begleitung von Kuhglocken-Geläute und Motorsägenlärm wurde eine Polizeisperre durchbrochen und das Bundeshaus (Schweizer Parlament) mit Eiern, Flaschen und Knallkörpern beworfen und eine Glastür eingeschlagen. Als ein Sarg mit der Aufschrift "Die Zukunft der Bauern" und eine Strohfigur, die den GATT repräsentieren sollte, in Brand gesteckt wurden, ging die Polizei mit Wasserwerfern und Tränengas gegen die Menge vor. Über mögliche Festnahmen und/oder Verletzungen ist uns nichts bekannt. •

Die neue Bahn:

Gratis-Fahrradmitnahme:

Aus und Vorbei

(TATblatt-Wien)

Im stetigen Bemühen um die Verlagerung des Verkehrs von der Schiene auf die Straße haben sich die Österreichischen Bundesbahnen nun ein neues Angebot einfallen lassen: Die Fahrrad-Tageskarte. Sie wird schon ab 1. Februar 1992 an die Stelle der bisher kostenlosen Fahrradmitnahme in Schnellbahnzügen sowie zahlreichen mit Triebzügen geführten Regionalzügen treten. Die eingeschränkten Beförderungszeiten und -bedingungen (nur in mit dem Fahrradsymbol gekennzeichneten Zügen, nur Werktags 9-15 Uhr

und ab 18.30, Samstags ab 9 Uhr und Sonntags ganztägig, Recht auf Ablehnung durch Zugführer



oder Schaffner) bleiben unverändert.

Die neue Fahrrad-Tageskarte wird S 30,— kosten, eine ermäßigte Fahrrad-Tageskarte für "Umweltticket-Berechtigte" und Kinder gibt's zum halben Preis. Für die Fahrradmitnahme ausschließlich innerhalb der Kernzone des Verkehrsverbun-

des Ost-Region (= Wien) ist auch die Inanspruchnahme einer VOR-Halbpriekarte oder eines Halbpriek-Streifens (für eine Fahrt unabhängig von der Entfernung) möglich.

Damit ist eine sinnvolle Kombination von Fahrrad und Bahn für PendlerInnen für's erste einmal gestorben, denn Wochen- oder Monatskarten für's Fahrrad gibt es selbstverständlich nicht. Ist doch NAT! •



6. März 1992:

Aktionstag gegen die neue Wohnungsnot

Ein neues Mietrechtsgesetz steht uns ins Haus (Haus?!?). Viele Wohnungssuchende versprechen sich davon eine Verbesserung der aktuellen — mehr als tristen — Situation. Doch genau das Gegenteil zeichnet sich ab. Nicht einmal bereits bestehende Mietverhältnisse sind mehr sicher.

(TATblatt-Wien)

Mehr als 200.000 Menschen suchen zur Zeit in Österreich eine Wohnung. Unter öS 100.-/m² ist nichts zu haben. Das macht für 1 Person Mindestkosten von öS 3-4000.- allein für die Miete. Dazu kommt noch Gas und Strom. Und das noch dazu meist

gekennzeichnet durch eine Umnutzung v.a. der Innenstadt (Wohnräume werden zu Büros) und Umwandlung von Altbau- in Eigentumswohnungen mit Preisen von öS 10.000.-/m² aufwärts für unsanierte Wohnungen. Das heißt, es kommt zur Umverteilung von Wohnräu-



in Untermiete oder auf 2-3 Jahre befristet. Menschen aus der unteren Einkommensschicht, wie zB Frauen, AusländerInnen, Studierende, ... haben keine Chance.

Die momentane Situation auf dem Wiener Wohnungsmarkt ist

men von Einkommensschwächeren auf -stärkere.

In ihrem Koalitionspapier haben die beiden Regierungsparteien Maßnahmen gegen die Wohnungsnot festgeschrieben und eine umfassende Wohnrechtsreform versprochen. Die

wird noch länger auf sich warten lassen. Was jetzt kommt — und zwar wahrscheinlich im heurigen Frühjahr —, ist ein neues Mietrechtsgesetz (MRG).

Das MRG läßt aber keineswegs eine Verbesserung der Wohnungssituation erwarten, im Gegenteil, es wird drastisch (noch) schlechter werden. Nicht eine Beschränkung der Ausbeutung von Obdachsuchenden wird es geben, sondern die Festschreibung der jetzigen untragbaren Situation.

Mit folgenden Positionen gehen die Koalitionspartner in die nächste Verhandlungsrunde am 31. Jänner:

Die ÖVP will "angemessene" Mietzinsen für Wohnungen der Kategorien A-C. "Angemessen" ist das, was "ortsüblich" ist. Was üblich ist, bestimmen die Hausbesitzer. Für Kategorie A stellt sich die ÖVP eine Mietenhöhe von öS 70-80.-/m² vor. Betriebskosten extra. (Kleines Rechenbeispiel: Für eine 50 m² große Wohnung öS 4000.- Miete + ca öS 1500.- Betriebskosten = öS 5.500.-/Monat. Exklusive Gas und Strom). Für alle Kategorien soll ein genereller "Erhaltungsbeitrag" von ca öS 15.-/m² eingehoben werden. Für Kategorie D-Wohnungen würde das eine Verdoppelung der Mieten bedeuten.

Die SPÖ stellt sich eine abgestufte Preisbildung nach 3 Faktoren vor:

1. "notwendige Erhaltung"
2. Altbauzinse sollen sich an der Preisbildung geförderter Neubauten orientieren. Das heißt für Wien öS 45-60.-/m², für die Stmk ca öS 70.-/m² (weil dort die Förderungen niedriger sind)
3. besondere Ausstattung, Lage, ... sollen berücksichtigt werden.

Das heißt im Klartext, daß es maximal gewisse Mietenreduktionen im Spitzenbereich geben wird.

Was außerdem diskutiert wird, ist ein Eingreifen in bereits bestehende Mietverhältnisse, dh ein Anheben bestehender Mieten nach obigen Kriterien.

Alles in allem Grund genug, einen **Aktionstag gegen die neue Wohnungsnot** ins Leben zu rufen. Und das ist bereits geschehen. Fehlen nur noch die Aktionen.

In Wien soll es eine Demonstration geben, woran natürlich recht viele Leute teilnehmen sollten. Alle möglichen Personen und Gruppen sind herzlich eingeladen, sich an den Vorbereitungen, der Mobilisierung und der Demo selbst massenhaft zu beteiligen. Bisher hat es erst ein Treffen gegeben,

■ **nächstes Vorbereitungstreffen:**
Di, 04. Februar, 18.00 Uhr,
C.I., 1160 Wien, Payergasse 14

Hey, Hopp, Nassestop

In Schweden sammeln sich am 30. November jeden Jahres Faschisten, um des "Heldenkönigs" Karl XII an dessen Todestag (er starb 1718) zu "gedenken". In Stockholm gibt es einen Markt mit einer Statue besagten Königs, bei der die Faschisten Kränze abladen und eine Kundgebung abhalten.

Gegen dieses Spektakel organisieren sich seit geraumer Zeit auch Stockholmer AntifaschistInnen, indem sie versuchen, den Platz und die Statue zu besetzen, bevor die FaschistInnen auftauchen. In den letzten Jahren leider ein eher symbolischer Widerstand — die FaschistInnen konnten ihre Veranstaltungen durchziehen. Im November 1991 jedoch konnte die größte Antifaschistische Demonstration der letzten Jahre die Platzbesetzung trotz Fascho- und Polizeiangriffe aufrechterhalten. Überraschend ist dies unter anderem deshalb, weil es den Stockholmer AntifaschistInnen nicht gelungen ist, zu einer gemeinsamen Demonstration aufzurufen. Und so demonstrierten bereits am Nachmittag des 30.11. etwa 2000 bis 3000 Menschen im Rahmen einer sog. "Kulturmanifestation gegen den Faschorummel.

Wirklich interessant wurde es dann Abends: Kurz nach 18 Uhr besetzten 5000 bis 7000 AntifaschistInnen den Markt. Gegen 19 Uhr 30 forderte die Polizei die DemonstrantInnen auf, den Platz zu verlassen. Dieser Aufforderung kamen aber nur wenige Menschen nach, sodaß die Polizei keine Möglichkeit vorfand, den Platz zu räumen. Als sich die FaschistInnen gegen 20 Uhr versammelten, um zur Statue Karl des XII zu ziehen, mußte ihnen die Polizei davon abraten. 300 bis 500 FaschistInnen versuchten dennoch loszumarschieren und etwa 100 Faschos durchbrachen in der Folge Polizeiketten und griffen die PlatzbesetzerInnen mit Steinen und Flaschen an, wurden aber schnell verjagt und zum Teil auch verprügelt.

Die Stockholmer AntifaschistInnen bezeichnen die Demonstration der 5000 bis 7000 AntifaschistInnen als "für Stockholmer Verhältnisse fast unglaublich" und "größte antifaschisti-

sche und überhaupt linke Demo seit vielen Jahren". Die Ereignisse der letzten Monate in Schweden (u.a. ein rassistisch motivierter Mord an einem Iraner) und im Ausland (damit sind jetzt auch wir gemeint!) dürfte vielen Menschen klar gemacht haben, daß FaschistInnen eine reale Gefahr darstellen. Eine besondere Bedeutung kommt der erfolgreichen Aktion auch deshalb zu, weil der 30.11. in den Medien quasi zur Generalprobe für die Fußball-EM im Juni 92 ausgerufen worden war und sich die Polizei dementsprechend auf die Demos vorbereitete (jedoch offensichtlich ohne Erfolg). Die kurze Auseinandersetzung auf dem Marktplatz wurde in den Medien dann auch zur "Schlacht um Kungsträdgården" hochgespielt, die zwischen zwei gleichwertigen Feinden der Demokratie ausgetragen wurde. Stockholmer AntifaschistInnen sind aber der Ansicht, daß die Medienhetze nicht eine Spaltung, sondern vielmehr eine Radikalisierung und Stärkung der AntifaschistInnen herbeigeführt hat.

Abschließend: Auch in anderen Schwedischen Städten, etwa im Südschwedischen Lund, gelang es AntifaschistInnen, die Veranstaltungen der Faschos zu verhindern.

Polizei gegen Disziplinlosigkeit?

In der indonesischen Hauptstadt Djakarta wurden von der Polizei innerhalb von drei Monaten im Rahmen einer "Kampagne gegen Disziplinlosigkeit" mehr als 500 SchülerInnen die Haare geschneitten. Die SchülerInnen wurden beim Schulschwänzen oder bei Straßenschlachten festgenommen.

Militaristen klagen

Nach dem Wiener und dem Oberösterreichischen Milizverband hat nun auch der Vorarlberger Milizverband bei der Staatsanwaltschaft Anzeige gegen die UnterzeichnerInnen des Aufrufs zur Nichtbefolgung der Militärgesetze vom 3. September 1991 (erschieden in der AZ) erstattet. Der Präsident des Vorarlberger Mili(tari)z(ten)verbandes, Karlheinz Sandholzer, erklärte, er hoffe mit der Anzei-

ge, die unter anderem gegen die Klubobfrau der Grünen, Madeleine Petrovic, Peter Pilz, Manfred Srb und die Schriftsteller Peter Turrini und Gerhard Ruiss gerichtet ist, erfolgreich zu

Konzernprodukte solange aufrechterhalten, als der Konzern die Unterstützung Helms nicht einstellt. Die Verdoppelung der Konzernspenden für AIDS-Forschungs-Institutionen bewerten

TATblatt

KURZ-MELDUNGEN

sein. Als besonders verwerflich erscheint es Sandholzer, daß selbst auf die Republik vereidigte Nationalratsabgeordnete den Aufruf zur Mißachtung der Gesetze unterschrieben hätten (hihihi...).

Kondom für Jesse Helms

Sieben AIDS-AktivistInnen plazierten ein Riesenkondom mit der Aufschrift "Ein Kondom für unsichere Politik — Helms ist tödlicher als ein Virus!" auf U.S. Senator Jesse Helms Haus in Arlington/Virginia. Helms ist einer der größten Gegner der Safer Sex-Aufklärung, AIDS-Forschungsunterstützung und Liberalität für Homosexualität.

AktivistInnen sagen: "Wir brauchen Schutz gegen Helms Frömmigkeit und Ignoranz. Kondome sind ein wirksamer Schutz gegen HIV-Viren, deshalb beschlosssen wir, eines am Senator auszuprobieren. Jesse Helms propagiert absichtlich die (AIDS-)Epidemie. Er muß gestoppt werden".

Die lokale Polizei stoppte dann allerdings die AktivistInnen nach etwa 15 Minuten. Verhaftungen gab es keine und auch aus Helms Büro kam kein Kommentar zum Kondom.

Apropos Jesse Helms: Die TATblatt-Meldung vom vergangenen Oktober, wonach die US-amerikanischen ACT-UP-Gruppen den Boykott gegen Produkte des Phillip Morris Konzerns aufgehoben hätten (PM unterstützt finanziell eben besagten rechtsradikalen und rassistischen Senator Helms), erwies sich als Halbwahrheit. Der allergrößte Teil der ACT-UP-Gruppen will den Boykott der

die Boykotteure als Versuch, die ACT-UP-Gruppen zu kaufen und damit zu spalten. Zur Erinnerung: Zu Phillip Morris-Produkten zählen neben den gleichnamigen Zigaretten auch "Marlboro" und — glmpf — Suchard-Schokolade.

Asturische Bergarbeiter im Generalstreik

Die Gewerkschaftsführer der asturischen Bergarbeiter (Nordprovinz von Spanien) haben am 3.1.1992 zu weiteren Aktionen gegen den sogenannten "Hunosa-Plan" der spanischen Regierung aufgerufen. Der Plan sieht den Wegfall von 6000 Arbeitsplätzen bis 1993 und die Stilllegung der größten Bergwerksgesellschaft bis 2002 vor. Hintergrund des Plans ist das EG-Verbot der Bergbau-Subventionierung.

Das öffentliche Leben im Kohlerevier von Caudal und Nalon ist infolge eines Generalstreiks völlig zum Erliegen gekommen. In der Stadt Mieres wurden Straßen mit Felsbrocken versperrt und die Wasserwerferbewehrt anrückende Polizei mit Mollis und Steinschleudern bekämpft. Die Asturischen Gewerkschaften bestehen auf eine Änderung des Hunosa-Plans. Das hat zumindest bewirkt, daß eine politische Bewegung gegen die "Umstrukturierungsabsichten" der Zentralregierung zu entstehen scheint. Nach Meinung der Gewerkschaften soll der Hunosa-Plan nicht nur die Schließung der Kohlezechen, sondern auch die Zerschlagung der kämpferischen Bergarbeitergewerkschaften (Nach GB-Muster 1984/85) bewirken.

Hungerstreik baskischer politischer Gefangener

Am 30. September 1991 begannen die zur Zeit 478 baskischen Gefangenen einen neuen Hungerstreik. Sie fordern ihre Wiederezusammenlegung in mehreren Häfen im Baskenland (Euskadi) als Zwischenschritt zu einer vollständigen Amnestie. Mit ihrer Aktion wollen sie außerdem gegen den fehlenden Verhandlungswillen der "sozialdemokratischen" PSOE Regierung protestieren, die Verhandlungslösungen blockiert.

Den Anfang der Hungerstreikkette machten 38 Gefangene in den Häfen von Ceuta, Ibiza, Mallorca, Salto del Negro und Teneriffa. Nach 7 Tagen wurde der Streik von Gefangenen in südspanischen Gefängnissen übernommen. Die Kette wird so durch die fast 100 Häfen gehen, auf die die baskischen Gefangenen verteilt sind.

Im Jahr 1987 hat die spanische Regierung begonnen, die bestehenden Gefangenkollektive auseinanderzureißen. Zu dem üblichen Häfenterror mit alltäglichen Schikanen, Prügel, fehlender medizinischer Versorgung usw. kam damit auch die Isolation. Wie oft kann sich's eine baskische ArbeiterInnenfamilie leisten, nach Teneriffa zu fliegen, um eine Verwandte zu besuchen, um dann vor Ort zu erfahren, daß sie gerade wieder einmal Besuchsverbot hat oder an einen unbekanntem Ort verlegt wurde?

Das Ziel der spanischen Regierung, die Gefangen durch Isolation zu demoralisieren und zur "Wiedereingliederung", zum Abschwören zu zwingen, hatte bisher keinen Erfolg. Dazu hat sicherlich auch die große Solidarität in Euskadi beigetragen. Die "Gestoras pro Amnistia" sorgen mit ständigen Aktionen dafür, daß die Gefangenen nicht in Vergessenheit geraten: Jedes Jahr im Dezember wird in der Einöde vor dem Hochsicherheitsgefängnis Herrera de la Mancha demonstriert. 1990 fuhrten 13 000 Menschen hunderte von Kilometern zu dieser Demonstration, und im Jänner 1991 versammelten sich in Bilbao 30 000 Menschen, um für die Rechte der Gefangenen zu demonstrieren.

"Psycho-Folter" gegen Aussageverwei- gerer in bundesdeutschen Gefängnissen

Der 25-jährige Sven L. wurde vergangenen Februar in Nürnberg wegen eines angeblichen Anschlagversuchs auf ein Amtsgebäude verhaftet. Er verweigerte jede Aussage vor der Polizei und Ermittlungsrichter. Eine Nürnberger Anstaltsärztin diagnostiziert "Schizophrenie" und schließt auf Suizidgefahr.

Sven wird nach Straubing in die psychiatrische Abteilung verlegt. Ein Gespräch mit dem Leiter der psychiatrischen Abteilung lehnt er ab. Daraufhin wurde er ins Behandlungszimmer geschleppt und mußte sich vom Abteilungsleiter intramuskulär spritzen lassen (er wurde an Armen und Beinen festgehalten). Was die Spritze beinhalte, wurde ihm nicht mitgeteilt. Einzige Auskunft, die Sven erhielt, war die, daß er solange Spritzen erhalten werde, bis er Aussagen mache. Zwei Tage später wiederholte sich die angekündigte Prozedur.

Gegenüber dem "Verband demokratischer Ärztinnen und Ärzte" (VDÄÄ) gab der Anstaltsarzt zu, Sven zweimal "2ml physiologische Kochsalzlösung intramuskulär" gespritzt zu haben, um eine "simulierte Geisteskrankheit" aufzudecken. Der Gefangene habe dies ohne Widerstand über sich ergehen lassen. Sven jedoch erklärt, sich nach Kräften gegen diese Form der Folter gewehrt zu haben. Dies scheint bei der Verabreichung der zweiten Spritze sogar einem Pfleger aufgefallen zu sein, der angibt, Sven hätte "unter der Injektion den Kopf und die Arme bewegt, sodaß dies als mögliches Ablehnen zu verstehen war". In einem "abschließenden Gutachten" schließlich rät der Anstaltsarzt von einer weiteren Psychiatrierung Svens ab (die Staatsanwaltschaft will weitermachen).

Gegen Personen, die Fälle von Folter in bundesdeutschen Gefängnissen (insbesondere den "Fall" Sven) in Zeitungen veröffentlichten, wurden nach §129a StGB angezeigt. Die Anzeigen wurden zwar vorerst alle zurückgelegt, aber nach einigen Monaten durch neue, nach §61 StGB

("Verdacht auf Beihilfe zu einer falschen Verdächtigung") ersetzt.

des Beratungsbüros ist 0222/53 59 109.

TATblatt

KURZ- MELDUNGEN

Mit Antifaschismus Staatsbürgerschaft verwirkt

Vom Oberverwaltungsgericht (OVG) Koblenz wurde jetzt die Klage eines deutschstämmigen Polen, dem der Vertriebenenausweis entzogen worden war, abgewiesen. Die Behörde hatte die Vergangenheit des deutschen Vaters recherchiert. Dieser war in Westpreußen geboren, geriet 1944 als Soldat der deutschen Wehrmacht in US-Gefangenschaft und meldete sich darauf zur polnischen Exilarmee.

Wer auf der Seite Polens im zweiten Weltkrieg gekämpft hat, hat laut dem ergangenen Urteil des OVG den Anspruch auf das "Deutsch-sein" verwirkt. Das gelte auch für Nachfahren.

Der Richter erläuterte, die Volkszugehörigkeit setze auch ein "inneres Bekenntnis" voraus. Dagegen habe der Vater des Klägers durch den Eintritt in die polnische Exilarmee ein eindeutiges Bekenntnis gegen das deutsche Volkstum abgelegt.

Deserteursbera- tung in Wien

"Service Civil International", "Österreich ohne Heer" und die "Arge für Wehrdienstverweigerung" richten ein Beratungsbüro für Menschen ein, die aus einer der im serbisch-kroatischen Krieg involvierten Armeen und Verbände desertiert sind. Jeweils Mittwoch von 18 bis 20 Uhr und Freitag von 15 bis 17 Uhr stehen zwei des Serbokroatischen mächtige Personen zur Verfügung, um Kriegsunwillige zu informieren und ihnen weiterzuhelfen. Die Telefonnummer

Aufrüstung

Am 9.1.92 unterzeichnete Interpol (die internationale kriminalpolizeiliche Organisation) ein Abkommen mit der staatlichen France-Telekom und der Informatikfirma Wang-France (eine Filiale des US-Elektronikkonzerns von Lowell) über den Aufbau eines "zuverlässigen, raschen und nicht teuren" Computersystems zur weltweiten Fahndung. In der Lyoner Interpol-Zentrale soll das System bereits ab Februar eingesetzt werden. In einer Minute können dann Fahndungskarteien, Fotos, Fingerabdrücke und Texte in alle 158 Interpol-Länder übermittelt werden.

Bisher wurde derartiges über Fernkopierer ausgetauscht, was zeitraubend und teuer war. Als erste Außenstelle wird das belgische Zentralbüro in Brüssel an das neue EDV-System angeschlossen. Sämtliche Informationen werden in den Sprachen französisch, englisch, spanisch und arabisch über das neue digitalisierte ISDN übermittelt.

Schweizer Begehren

Die Volksinitiative "S.O.S. — Schweiz ohne Schnüffelpolizei" ist offiziell zustande gekommen. Von den eingereichten 107.709 Unterschriften sind 105.664 für gültig erklärt worden. Das Volk begehren verlangt folgende Ergänzung der Bundesverfassung: "Die politische Polizei ist abgeschafft. Niemand darf bei der Wahrnehmung ideeller und politischer Rechte überwacht werden. Die Verfolgung strafbarer Handlungen bleibt vorbehalten".

Für die Abhaltung eines Referendums gegen den Beitritt der Schweiz zum IWF und zur Weltbank haben 98.000 SchweizerInnen unterschrieben.

HANDESEMBARGO GEGEN HAITI WACKELT

(APIA)

Das Handelsembargo der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) gegen das Putschregime in Haiti soll demnächst schrittweise gelockert werden, kündigte OAS-Generalsekretär Baena Soares Dienstag in Washington an. Die Aufhebung des Embargos wurde vom designierten neuen Ministerpräsidenten Rene Theodore gefordert, einem Kompromißkandidaten zwischen dem seit dem Putsch vom 30. September exilierten Präsidenten Aristide und dem Parlament in Port-au-Prince.

Laut Theodore kann Aristide zwar "nach der ausreichenden Stärkung der politischen Institutionen" früher oder später seinen Posten wieder übernehmen, doch politische Macht wird er keine mehr haben. Das machte auch das Parlament klar, das vor wenigen Tagen den Putschführer Raoul Cedras für weitere drei Jahre als Armeechef bestätigte.

Wurde der gestürzte Befreiungstheologe kurz nach dem Putsch noch von Präsident Bush empfangen, so zweifelt er inzwischen an den Solidaritätsbeteuerungen der USA: denn von Washington wird das von der OAS empfohlene Wirtschaftsembargo schon lange unterlaufen. Bei strikter Einhaltung des Boykotts hätten die Militärs wohl schon zurückstecken müssen. Doch jedesmal, wenn infolge des Treibstoffmangels das Transportwesen zusammenzubrechen drohte, traf wie durch ein Wunder eine Erdöllieferung ein.

Allein letzte Woche legten zwei Öltanker im Hafen von Port-au-Prince an. Die größte Lieferung kam aus Kolumbien unter einem italienischen Kapitän und unter der Flagge der Bahamas. Das Geschäft wurde in Monaca abgeschlossen. Keiner bekennt Farbe, doch alles deutet darauf hin, daß die USA dahinterstecken.

Aristides Leute glauben, daß sich hinter der Lösung mit dem KP-Chef eine raffinierte Strategie der USA verbirgt, die die Chance nützen wollen, ihren Vertrauensmann durch die Hintertür an die Macht zu befördern: den konservativen Ökonomen Marc Bazin, der bei den Wahlen im Dezember 1990 gerade 14 Prozent der Stimmen sich vereinigen konnte. Unter dem Druck der Vermittlungskommission der OAS akzeptierten die Putschisten zwar die Rückkehr zur Verfassungsmäßigkeit, doch gleichzeitig mußte Aristide seinen Premierminister Rene Preval abberufen, um dann aus einem unter Federführung des US-Botschafters ausgetüftelten Dreivorschlag einen neuen Kandidaten auszuwählen. Neben Bazin figurierten auf der Liste nur ein unerfahrener Außenseiter und KP-Chef Rene Theodore.

Aristide entschied sich für Theodore und damit das aus seiner Sicht geringere Übel, denn mit der doktrinären KP hatte er immer Schwierigkeiten gehabt. Theodore muß aber noch vom Parlament bestätigt werden. Sollte er, was angesichts der Mehrheitsverhältnisse in der Nationalversamm-

lung anzunehmen ist, scheitern, dann führt an Marc Bazin, dem Mann Washingtons, kaum noch ein Weg vorbei. Wenn Aristide dann mit einem Ministerpräsidenten zusammenarbeiten muß, mit dem er nicht harmoniert, dann wird er zu einer reinen Repräsentations-Figur, denn die wichtigsten politischen Befugnisse liegen laut Verfassung direkt beim Kabinettschef. Das anspruchsvolle Programm von Alphabetisierung und behutsamer Sozialreform würde dann mit Sicherheit den Sanierungsregeln des Internationalen Währungsfonds weichen müssen.

Gegen diese politische Intrige glaubt Aristide sich nur mit seiner wirkungsvollsten Waffe zur Wehr setzen zu können: mit der Mobilisierung der Volksmassen, die längst auf ein Signal ihres Präsidenten warten. Obwohl die unabhängigen Radios noch immer geschlossen sind und die militärische Repression bisher einen Aufstand verhindert hat, beginnt sich der Widerstand zu regen. Das Begräbnis eines populären Priesters, Claude Demassaux, der wegen Agitation für den exilierten Staatsschef von Militärs verhaftet und zur Tode gefoltert worden war, geriet letztes Wochenende zu einer massiven Sympathiekundgebung für den Exilpräsidenten. Doch die AnhängerInnen des demokratisch gewählten Präsidenten beobachten einen Schwund der internationalen Solidarität und fürchten, daß ihre Sache langsam in Vergessenheit gerät.

Kultur-Kunst-Sport Sponsoring

0663/80 11 56

0663/80 11 56 *** Werbung + Fahrradbotendienst *** Tel. 0663/80 11 56 ***

*** Werbung & Fahrradbotendienst *** Tel.

Tel. 0222/43 98 104

Endlich kein "ausrutschen und hinfallen", bedingt durch nasse und rutschige Fußböden mehr!

" SLIDE - EX "

hilft dieses oft schmerzhaft und kostspielige Problem für immer zu lösen.

Agentur Glogowatz
Leitermayergasse 31/20
1180 Wien Tel.: 43 98 104

WERTPAPIERE
VERSICHERUNG
BAUSPAREN
Prämiensparen
FINANZIERUNG

Ihr persönlicher BERATER
immer für SIE erreichbar.

SCHREIBBÜRO GLOGOWATZ

LEITERMAYERGASSE 31/20

1180 WIEN Tel.: 43 98 104

übernimmt:

Jede Art von Schreibearbeiten

Studenten - Dissertationen

Fehlerprüfung

Direkt - Mailing, usw.

Computerservice

Computer-Card

40 Stunden S 990. --

*** Werbung + Fahrradbotendienst *** Tel.

*** Tel. 0663/80 11 56 *** Werbung + Fahrradbotendienst *** 0663/801156

Massenverhaftung von AntifaschistInnen in Frankfurt am Main

oder: Kleines Lehrstück über Rassismus und staatliche Doppelmoral

(TATblatt-FfM)

Die zynische Doppelmoral in der Haltung der staatstragenden Kräfte gegenüber den rassistischen Anschlägen auf Flüchtlinge und ImmigrantInnen dürfte mittlerweile bekannt sein: einerseits bringen hohe RepräsentantInnen aus Politik und Kultur medienwirksam ihre humanistische Empörung zum Ausdruck, andererseits werden die meisten Gewalttäter weder konsequent verfolgt, noch die potentiellen Opfer der Übergriffe ausreichend geschützt. Stattdessen rechtfertigen die neuen Asyl- und AusländerInnengesetze diese Vorfälle nicht nur, sondern leisten der allgemeinen aggressiven Stimmung und deren Umschlagen in offene Gewaltaktionen unmittelbar Vorschub. Abgedichtete Grenzen und brutale Polizeieinsätze komplettieren eine Pogromstimmung, die auch den ganz alltäglichen Faschismus weiter verschärft.

Zweifellos ist nicht zu übersehen, daß auch der Widerstand gegen diese Verschärfungsprozesse massiver wird. Die Gruppen von InländerInnen und ImmigrantInnen, die die Wiedererstarkung von Faschismus und Rassismus weder zu unterstützen noch einfach hinzunehmen bereit sind, weiten sich aus. Initiativen wie die in vielen Städten organisierten antirassistischen und antifaschistischen Notruf- und Infotelefone, Ar-

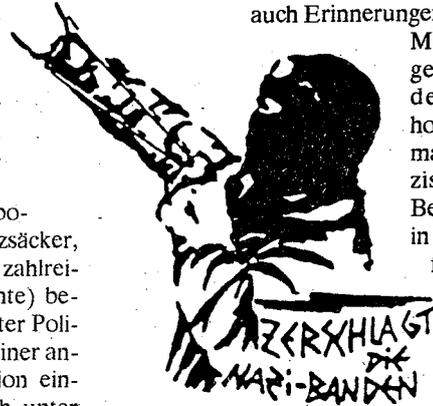
beitsgruppen zur Bereitstellung von Notunterkünften für Vertriebene, antirassistische Stadtteilstunde und eine verstärkte Bereitschaft zu einem raschen und offensiven Einschreiten gegen faschistische Vereinigungen und Aktionen sind zu einem fixen Bestandteil eines vielfältigen, auch über die links-autonome Szene hinausgreifenden Widerstands geworden.

Wie jedoch mit einem Widerstand umgegangen wird, der die offizielle Doppelmoral nicht zu teilen bereit ist und sich auch nicht auf "symbolische Aktionen" (à la Weizsäcker, dem Bundespräsi, der zuletzt zahlreiche Flüchtlingsheime besuchte) beschränkt, stellte die Frankfurter Polizei am 22.11.1991 anlässlich einer antifaschistischen Demonstration einmal mehr unmißverständlich unter Beweis.

Keine drei Wochen nach der großen, vom rot-grünen Stadtsenat organisierten Demonstration gegen "Ausländerfeindlichkeit und Rassismus" hat das Frankfurter Magistrat der NPD städteigene Räume vermietet. Gegen diese für den Abend des 22. November anberaumten NPD-Versammlung demonstrierten spontan etwa 80 Men-

schen. Als die DemonstrantInnen vor dem Veranstaltungsort ankamen wurden sie von einem massiven Polizeiaufgebot mit schußbereiten Waffen empfangen. Zurufe wie "Hände hoch!", "Alle an die Wand!", "Wir schießen!" bestärkten nicht nur die bedrohliche Situation, sondern ließen wohl auch Erinnerungen an den kaum ein

Monat zurückliegenden Einsatz in der Fröbelstraße hochkommen. (Damals hatte ein Polizist ohne jegliche Bedrohung Schüsse in die Menge abgefeuert, durch die nur durch unglaubliches Glück niemand verletzt wurde - vgl. TATblatt



Minus 42 Nummer). Diese massive Verteidigung von Faschisten wurde mit zahlreichen Parolen gegen den rassistischen Terror, aber auch mit Steinwürfen und dem Abfeuern von Leuchtschurmunition beantwortet. Als immer mehr Streifenwagen ankamen und die Situation endgültig zu eskalieren drohte, zog sich die Demonstration zuerst zurück und löste sich schließlich ganz auf. Statt die AntifaschistInnen jedoch abziehen zu lassen wurde die auseinanderlaufende Menge von Polizisten und Rufen wie "Ich erschieße Dich!", "Bleib stehen, sonst bist Du tot!" usw. verfolgt. Einzelne wurden zu Boden gerissen und festgehalten, anderen wurde die Waffe direkt auf die Schläfen, in den Nacken und auf die Augen gesetzt. Zusätzlich wurden in der weiteren Umgebung auch andere - zumeist jüngere - Menschen gejagt und selbst aus Kneipen heraus mehr oder weniger wahllos festgenommen. An die 40 Personen wurden schließlich verhaftet und zum Teil unter massiver Anwendung von körperlicher Gewalt kriminalistisch erfaßt und wegen "Schwerem Landfriedensbruch" und "Sachbeschädigung" angezeigt. Daß ausländische DemonstrantInnen besonders gewalttätig und demütigend behandelt wurden, entspricht der rassistischen Logik eines solchen Polizeieinsatzes.

An Brutalität besonders hervorgetan, hat sich dabei ein Trupp mit kurzgeschorenen Köpfen, Militärjacken und Springertiefeln, den viele zuerst für faschistische Skins hielten, der sich aber dann als Spezialeinheit der Polizei entpuppte. Neben dem institutionellen Rassismus vom Rathaus bis zum Stammtisch offenbart sich in einer solchen Spezialeinheit auch die politisch-ideologische Nähe des Polizeiapparates zu nazi-

KARL POLACEK IST WIEDER DA !!

(TATblatt Wien)

Der (ex?) Landesvorsitzende der niedersächsischen (Freiheitlichen Arbeiterpartei) FAP wurde am 23.1. in seinem Haus in Mackenrode bei Göttingen verhaftet, dann an die deutsch-österreichische Grenze gebracht und NOCH AM SELBEN TAG den österreichischen Behörden übergeben. Einige seine niedersächsischen "Kameraden" reagierten noch am Mittwoch auf die Abschiebung mit der Besetzung von Polaceks Haus bzw. dem Schulungszentrum der niedersächsischen FAP. Die Besetzung war jedoch nur von kurzer Dauer, denn die Göttinger Polizei räumte am Donnerstag Abend das Haus. Und verhaftete 4 Faschisten. Die Räumung durch die Polizei wurde aufgrund eines Strafantrages von Polaceks Ehefrau gegen die BesetzerInnen begründet!!

Da in Österreich nichts gegen Polacek vorliegt, kann er sich hier ruhig niederlassen. Wo, das ist noch unbekannt. Da aber einige Wiener-Naziskins schon mal in Göttingen waren und er sicher auch in Österreich rechte Kameraden hat wird es ihm trotz des "kleinen" Wohnungsmarktes gelingen eine Bleibe und vielleicht wie-

der ein Schulungszentrum zu finden.

Daß er enge Kontakte zu Küssel hatte, ist stark zu bezweifeln, da er schon im interen Richtungsstreik über Homosexualität und Nationalsozialismus der FAP klar gegen Kühnen und seinem Flügel, zu dem Küssel gehört, auftrat.

In der neuesten Ausgabe des "SIEGES" — obwohl der Herausgeber Walter Ochensberger zu 3 Jahren unbedingter Haft verurteilt wurde erscheint er trotzdem !! — wird Polacek und dem Angriff der Göttinger Antifaschistischen Aktion, ein kurzer Artikel gewidmet.

Polacek Haus bzw. sein Schulungszentrum war auch eine wichtige Verteilungsstelle von Nazicomputerspielen. Als in der gesamten BRD Nazicomputerspiele auftauchten wie z.B. "Arier Test", "Antitürkentest",... konnte mensch sich solche "Spiele" über zwei Göttinger Mailboxen besorgen. Während die eine Göttinger Mailbox "offizielle Spiele" verteilte, öffnete sich nach Kontakten der Mackenroder Mailbox ein rechtsradikales Spieleparadies. Dem lokalen Hacker-Club gelang es durch massiven Einsatz von Computerviren, die Programme zu killen.

blich sogar bis zu 2000 DemonstrantInnen.

Binnen zweier Wochen werden aus 30 bis 50 Halbverrückten an die 2000, offensichtlich gut organisierte und militärisch bestens ausgebildete Kämpfer, gegen die sich die Polizei eben nur mittels Panzersperren zu verteidigen weiß. Daß dann nur 6 Personen wirklich am Demonstrationsort eintreffen, macht das Medienspektakel komplett.

Die Botschaft gilt als angekommen: Die Faschos sind wirklich nicht ernstzunehmen; und sollten sie doch sein, so weiß der Staat, wie mit ihnen umzugehen ist!

Doch die Inszenierung hat Vorgeschichte: Während Anfang November 1991 noch so an die 80 Neonazis am Linzer Taubemarkt von der Polizei unbehelligt gegen "Drogen" demonstrieren und dabei AusländerInnen anpöbeln dürften, wurden sie diesmal am Linzer Bahnhof von den "Kollegen in Uniform" (Skinparole) abgefangen.

Ohne diese Informationen erscheint uns eine realistische Einschätzung des "Problems Neonazis" (Anzahl, Ausrichtung, Militanzbereitschaft,...) unmöglich!

Vorläufiger Endpunkt: Der Jubel über die verschwindend geringe Anzahl von Nazis in St. Pölten war noch nicht verklungen, da in Schepperten in Traunkirchen die Mollis im Flüchtlingsheim.

So schlimm wirds doch nicht sein...

Der angeblich erste Anschlag auf eine Flüchtlingsheim in Oberösterreich wäre um ein Haar gar nicht angezeigt worden:

Die Unterkünfte der Hotelleitung und die der Flüchtlinge lagen derartig weit auseinander, daß die Hotelleitung vom Anschlag gar nichts mitbekommen hatte. Letztere wurde von einer zufällig anwesenden Gruppe von Beamten der oberösterreichischen Landesregierung aufgefordert, die Polizei zu verständigen.

Und selbst dazu wäre es fast nicht gekommen.

Nachdem eine Holzverschaltete Kegelbahn, in der sich die Beamten aufhielten, von einem Molotowcocktail getroffen worden war, tippten die Anwesenden erst einmal, daß die HeimbewohnerInnen das Feuer selbst entfacht hätten und es ihnen schließlich außer Kontrolle geraten wäre. Erst als Bestandteile eines Molotowcocktails gefunden wurden, rang mensch sich dazu durch, an einen Anschlag zu glauben. Und erst in diesem Moment wurden sich die Anwesenden bewußt, daß noch Minuten nach dem Anschlag Skinheads herumstanden und die Szenerie beobachteten. Sie verschwanden erst, als die Polizei nach mehr als 10 Minuten eintraf.

Der mündige Staatsbürger (und als solche wird mensch doch Beamte bezeichnen dürfen) weigert sich also so lange wie nur irgendmöglich die Existenz faschistischer Gruppen zu ignorieren: Sicherheitshalber zuerst einmal die Opfer für Täter halten!

Zu kurze Schlußfolgerung aus einem zu

langen Diskussionsbeitrag

In einer für Haider etwas brenzigen Situation kommt ihm zu Gute, die Wahrheit sagen zu dürfen: Tatsächlich haben Polizei und Ministerien seit Jahren Namen, Funktionen und Aktivitäten der österreichischen Neonazis gekannt. Und tatsächlich dürfte die Ursache der "antifaschistischen Offensive" der Kiberei nur im Zusammenhang mit der Asyl- und "Sicherheits"politik zu suchen sein. Nach AusländerInnenhatz und Sicherheitspolizeigesetz machen sich ein paar verhaftete Nazis für Löschnak richtig gut.

Fraglich sind nur die Folgen: Es ist bereits abzusehen, daß an Küssel ein Paragraph ausjudiziert wird, der an Linken weit besser zu vollziehen ist als an Rechten. Der §246 StGB, der "staatsfeindliche Verbindungen" unter Strafe stellt und dem bundesdeutschen §129a ähnelt.

Ebenso wird die Polizei ihr neugewonnenes Monopol auf "Antifaschismus" nicht mehr aus der Hand geben. Ihrer Strategie, antifaschistische Demonstrationen anzugreifen, wird zusätzliche Legitimation verschafft. Und schließlich: Rechtsradikalismus wird als scheinbar einzig praktikable Form der Opposition zu diesem Staat festgeschrieben.

Nur wer sich bewegt, spürt die Fesseln....

Wie es scheint haben in allen Staaten Westeuropas die Herrschenden ein Handlungsmonopol, in dem die einzelnen Men-

schen zu passiven Empfängern degradiert werden. Ob es sich dabei um den Empfang von Informationen, Sozialhilfe oder Befehlen handelt, ist nebensächlich: Alles läuft unter staatlicher Kontrolle.

Konservative Parteien haben Anfang der 80er Jahre mit Wahlslogans auf diese Handlungsunfähigkeit der Menschen hingewiesen. Statt mit "sozialer Sicherheit" von oben zu werben wurden Eigeninitiative und gemeinsames Handeln beschworen und damit (siehe CDU-Wahlerfolg 1982) voll ins Herz der Menschen getroffen. Bloß: Der Handlungsspielraum ist inzwischen für die einzelnen

nur enger geworden.

Für junge Menschen ganz besonders: Keine Treffpunkte, etc....

Während sich die ehemaligen Linken in die Parlamente vertschüssen bzw. darüber diskutieren, warum die anderen Linken bescheuert sind, können tendenziell rechte Gruppen voll Punkten. In Gruppen Terror machen ist eine Form, sich selbst als handelndes Individuum wieder kennenzulernen.

Dem haben linke, Grüne oder Bürgerinitiativen nichts entgegenzusetzen, solange sie sofort "Pfui Gewalt" schreien, wenn Baufahrzeuge Luft ablassen oder Polizisten ihren Kapperln nachrennen müssen. Und auch den zu Objekten degradierten Adressaten fortschrittlicher Politik ist nicht geholfen, wenn gegen Rassismus gepredigt wird, aber Jugendgruppen, die sich selbst gegen rassistische Überfälle zur Wehr setzen verweigert werden.

Die einzige Möglichkeit, dem stärker werdenden Rassismus und den autoritären Tendenzen etwas entgegenzusetzen ist, sich von tradierten Aktions- und Organisationsmustern zu trennen.

Nur offen zur Schau gestellter und notfalls auch mit Gewalt verteidigter Antirassismus, Antisexismus und Antifaschismus wird Andere davon überzeugen, daß AntifaschistInnen (etc.) keine bürokratischen Dampfplauderer sind. Und nur wenn uns das gelingt, werden wir in der Lage sein, dem totalen Europa der Rechten zu entkommen.....

Die meisten schönen Schuhe sind nette kleine Folterkammern.



Gut zu Fuß sein und trotzdem mit der Zeit gehen: im ebenso fußgerechten wie schönen Schuh. Und Sie werden sehen: Unsere Auswahl und Beratung hat Hand und Fuß.

GEA

Gehen Sitzen Liegen

1080 WIEN, Haini Staudinger, Lange Gasse 24, Tel. 40 83 626
1010 WIEN, Himmelpfortgasse 28, Tel. 512 19 67

Die Tücken staatlich verordneten Antifaschismus

(zwei Antifas, ein Anfang)

Als allerneuerster Erkenntnisstand der Polizei wird uns in den letzten Wochen verkauft, was seit Jahren bekannt ist: Neonazis führen militärische Übungen durch, streben die Wiederherstellung der NSDAP an, verkleben rassistische Picklerl, verteilen Propagandaschriften vor Schulen und,...Oh Schreck...sie kennen einander!

Am 28.12.1991 war die Welt noch in Ordnung: Lt. Kurier "ortet(e) die Staatspolizei keine akute Gefahr" seitens der "braunen Szene". Zwar würden immer wieder alte Weltkriegswaffen bei den "maximal 30 bis 50 zumeist sehr jungen und verwirrten Bürschlein" gefunden, "aber auch mit teilweise angerosteten Schießzeug bleiben die Möchtegern-Politiker bis auf weiteres lediglich Subjekte für Psychologen, Soziologen und Staatspolizisten".

Aber es ist geradezu typisch für die österreichische Lesart des Antifaschismus, daß der Bereichsleiter Ost des Kühnenflügels (versteht sich in der Tradition der SA und der angeblich sozialrevolutionären Linie der Gebrüder Strasser in der NSDAP) und seit 1.Mai 1991 auch "gesamtdeutscher Führer" dieser militantesten rechtsextremen Organisation, der mehrfach vorbestrafte Gottfried Küssel erst inhaftiert wurde, nachdem er Interviews mit nichtösterreichischen Medien gegeben hatte.

Daß er Nationalsozialist sei, hatte er zuvor schon (vor einem Jahr) dem "Basta" und den HörerInnen der Radiosendung "Zickzack" anvertraut.

Österreich als US-Kolonie: Erst wenn der große Bruder schlechtes Denken und damit dem Fremdenverkehr geschadet werden könnte, herrscht "Handlungsbedarf".

Zuvor hatte es ja eher eine Art Arbeitsteilung zwischen Nazis und Polizei gegeben: Von einem mysteriösen Brandanschlag auf ein Jugendzentrum in Wien Mariahilf hatten die Zeitungen berichtet, um Küssels Gefährlichkeit zu belegen. Küssel hatte Pech. Was ihm und seiner Gruppe 1987 nicht gelang, erreichte mit einem Jahr Verspätung die Polizei: Die Zerstörung der Ägidigasse..... Der Name des ominösen Jugendzentrums war in der Berichterstattung ausgespart worden.

Die Antiopernball-Demonstration 1990 wurde von VAPO-Gruppen und Polizei gemeinsam angegriffen. Und noch am 21. Dezember 1991 schützte ein Großaufgebot der Polizei Gerd Honsik und andere bei der Verbreitung faschistischen Gedankenguts.

Aber nicht die Auseinandersetzung mit faschistischen Gruppierungen, ihren Führern, Motiven, Methoden und den Ursachen ihrer Entstehung ist die Folgerung aus den Ereignissen der letzten Wochen. Welche mit offenen Augen und Ohren durch

Österreich spazieren, wissen von dieser Notwendigkeit schon lange.

Als Gegenstand näherer Betrachtung rückt der staatlich verordnete "Antifaschismus" ins Rampenlicht.....

Die Diskussion ums Verbotsgesetz

Das Verbotsgesetz war gerade in den ersten Jahren seiner Geschichte als direkt anwendbare Strafbestimmung gedacht gewesen. Lebenslange Haftstrafen (ursprünglich war sogar die Todesstrafe vorgesehen) ergaben sich fast zwingend aus der realen Gefahr, die von den noch immer voll im öffentlichen Leben stehenden ehemaligen Nazis ausging.

Aus der realen Gefahr wurden reale Verbündete: Zu allervorderst die SPÖ bemühte sich um die "Entkriminalisierung" der ehemaligen Nazis. Und mit der Wiedereinbindung ebenjener in das politische Leben waren anwendbare antifaschistische Strafbestimmungen ein Unding für die Regierenden geworden.

Die rechtliche Auseinandersetzung mit Faschismus fand ebensowenig statt wie die gesellschaftliche, die etwa ehemalige Kriegsmarinrichter mit "Todesurteilserfahrung" als Justizminister zu akzeptieren erlaubte.

Der Mörder des 1965 während einer antifaschistischen Demonstration erschlagenen Ernst Kirchwegers brauchte eine Verurteilung nach dem Verbotsgesetz nicht zu befürchten: Es bestand gesellschaftlicher Konsens darüber, daß das Kapitel "Nationalsozialismus" mit 8.Mai 1945 beendet worden war.

Die Rechts"ordnung" hätte genügend Möglichkeit gekannt, das Verbotsgesetz anwendbar zu machen, die hohen Strafbestimmungen zu unterschreiten (siehe z.B. Ochensberger-Prozeß).

Es war der fehlende Wille, der eine Anwendung oder eine Modifikation verhinderte (Zur Frage des "Willens" sei das Buch "Im Namen der Republik" empfohlen).

Als 1986 vermehrt faschistische Zeitungen an Schulen verteilt worden waren, wurde eine neue, verwaltungsstrafrechtliche Strafbestimmung geschaffen, die bis heute fast ebensowenig zur Anwendung gekommen ist, wie ihre "großen Brüder".

Rückschlüsse auf den Willen zur Anwendung des neuen §3a Verbotsgesetz können gezogen werden.

Wider die "Entartung"

Die Schwierigkeiten der Staatsrepräsentanten mit Antifaschismus ist kein Privileg Kurt Waldheims; auch keines bestimmter Richter oder kurzsichtiger Langenloiser

Gendarmen: In die "international beachtete" Erklärung der Bundesregierung nach Haider's Bekenntnis zur "ordentlichen Beschäftigungspolitik" der Nazis schummelte sich das Wort von der "entarteten Ideologie" des Nationalsozialismus. Vranitzky scheint keine Ahnung von dem gehabt zu haben, was er da vom Zettel las.

Die Nazis waren angetreten, um alles "Entartete" auszurotten. Eine der größten Propaganda-Ausstellungen des frühen Nazi-Regimes trug den Titel "entartete Kunst".

Nicht der Vorwurf, alle Regierungsmglieder seien Nazis, ist zutreffend. Aber sie haben sich offensichtlich nie ernsthaft mit Faschismus und Nationalsozialismus auseinandergesetzt.



Das schlägt sich in der Politik nieder: Wer sich nach reiflicher Auseinandersetzung mit dem "Phänomen" Faschismus Gesetze wie das neue Asylgesetz, das Sicherheitspolizeigesetz o.a. ansieht, könnte an den Ähnlichkeiten nicht vorübergehen.....(selbiges behaupten z.B auch die kritischen JuristInnen aus Salzburg).

Behörden, Medien und Staatsräson

Seit der Verhaftung Gottfried Küssels sind alle Medien stramm antifaschistisch. War noch der Anschlag auf das islamische Zentrum in Wien-Donaustadt in der Nacht nach dem FPÖ-Sieg bei der Landtagswahl praktisch totgeschwiegen worden (in türkischen Zeitungen etwa wurde dem Anschlag mehr Bedeutung zugemessen), erwartete die Polizei potentielle DemonstrantInnen für die Freilassung Küssels in St. Pölten mit Panzersperren und Wasserwerfer; ange-

Fortsetzung von voriger Seite:

stischen Gruppen. Daß und auf auf welche Weise solche Gruppen verteidigt werden, unterstreicht dies mit Nachdruck.

In einem Flugblatt nimmt das Frankfurter antirassistische und antifaschistische Notruf- und Infotelefon zu den Vorfällen in folgender Weise Stellung: "In den letzten Monaten ist es in der Bundesrepublik zu einer Eskalation rassistischer Gewalt gegen Flüchtlinge und ImmigrantInnen gekommen. Mordanschläge, Brandstiftungen, Angriffe auf Heime und Unterkünfte, Belästigungen jeder Art sind an der Tagesordnung. Das ist eine Wirklichkeit in Deutschland, die wir bekämpfen müssen. Dazu gehört, das Versammeln von Nazis und Rassisten zu verhindern. In der jetzigen Situation ist jedes öffentliche Auftreten von Faschisten und Rassisten als potentieller direkter Anschlag auf Flüchtlinge und ImmigrantInnen zu verstehen."

Das Vorgehen gegen AntifaschistInnen anlässlich der NDP-Veranstaltungen zeigt nicht nur, daß die Polizei und die dahinterstehenden Politiker bereit sind, jeden radikalen Widerstand mit allen Mitteln zu brechen, sondern macht auch deutlich, auf welche Weise offiziell ein Freibrief für die faschistische Hetze gegen Flüchtlinge und ImmigrantInnen ausgestellt wird. Jede Diskriminierung von AusländerInnen bei Ämtern und Behörden, am Arbeitsplatz oder in Kaufhäusern, jeder verzerrte und entstellte Bericht in den Medien, jede abwertende und verachtende Bemerkung auf der Straße legitimiert und unterstützt die faschistische Propaganda.

Doch auch wenn die Rassisten angesichts des sich ausweitenden Ensembles an Haß, Verdrängung und Unterdrückung weiteren Mut fassen und das Vorgehen gegen jene, die dagegen Widerstand zu leisten gewillt sind, immer hemmungloser wird, muß die Arbeit an einer unabhängigen antirassistischen Organisation von unten mit verstärkten Kräften weitergehen. Daß es, eine knappe Woche vor den Vorfällen um die NPD-Versammlung (16.11.) gelungen war, den Stadtparteitag der DVU, durch eine 150köpfige Blockade der — ebenfalls von der Stadt vermieteten Räumlichkeiten — zu verhindern, zeigt, daß ein in diesem Sinne spontanes und erfolgreiches Vorgehen sehr wohl möglich ist. Angesichts der nahezu vollständigen Nachrichtensperre über diese Vorfälle und der traditionellen Verzerrtheit der Berichterstattung in den bürgerlichen Medien, ist die lokale Vermittlung der Bedeutung antirassistischen Widerstandes für seine Ausweitung eine unumgängliche Voraussetzung. Und daran muß ebenso engagiert und konsequent gearbeitet werden, wie an der Entwicklung einer Taktik, der es der Polizei verunmöglichlicht, auf diese massive Weise auszugrenzen und zu kriminalisieren und damit den Widerstand potentiell zu zerschlagen.

Bayern und Österreich vereinigen sich!

Eine Sendung der Freien Radios.

Interviewer: Neben mir sitzen zwei antifaschistische AktivistInnen aus dem süddeutschen Raum. Sie sind jährlich mit einem Treffen von ca. 4000 Alt- und Neonazis in Passau konfrontiert. Doch mehr von ihnen selbst. Zuerst wollen wir sie über die Veranstalter befragen.

Antwort: Dieser Treff wird von der *Deutschen Volksunion* oder *DVU* veranstaltet. Die DVU spielt eine große Rolle im rechtsradikalen Lager, weil sie ist zusammen mit den Republikanern die finanz- und mitgliedergrößte Organisation. Sie stellt ein Sammelbecken dar für Rechtsradikale der gesamten BRD. Ebenso wie junge FaschistInnen sind da auch zur Demokratie bekehrte Altnazis vertreten. Der Parteivorstand Dr. Gerhard Frey besitzt einen großen Medienkonzern, der für die Verbreitung dieses rechtsradikalen Mülls sorgt. Die Bedeutung der DVU zeigt sich vor allem - das ist eine sehr wichtige Rolle! - als Bindeglied und Integrationskraft zwischen den militanten Faschobewegungen wie z.B. der FAP und den eher rechtskonservativen Parteien wie den Republikanern und der CDU und CSU.

Frage: Und was bedeutet das für eure Stadt konkret?

Antwort: Für Passau konkret heißt das, daß sich am 14. März seit nunmehr 10 Jahren 4 bis 5000 Faschos in der Passauer Nibelungenhalle treffen. Besonders in den letzten zwei Jahren tauchten immer mehr Schlägerskins aus ganz Deutschland, sowie der ehemaligen DDR auf, und diese wurden mit von Frey bezahlten Bussen angekartt, und da tauchten bis zu 2000 dieser brutalen Schläger auf. Deshalb häuften sich in den letzten zwei Jahren Überfälle auf das Jugendzentrum. Voriges Jahr gab es da zwei Schwerverletzte. Für Passau heißt das also an diesem Tag eine konkrete Bedrohung für das Leben von Ausländern und Ausländerinnen, also von Menschen, die nicht ihren Normen entsprechen. - Die Faschos wollen sich so ins ruhige Hinterland zurückziehen und sie glauben, daß sich hier kein Widerstand gegen ihre rassistische Politik regt.

Frage: Wie groß ist der Widerstand und speziell welcher Widerstand wird heuer geleistet?

Antwort: Seit 10 Jahren wird eine Gegen-demo organisiert, und diese wurde immer von einem breiten Bündnis getragen. In den letzten Jahren sank die Teilnehmerzahl immer mehr, und so wurde die Demo nur mehr oder fast nur mehr von Menschen aus

dem autonomen Spektrum durchgeführt. Heuer werden die Faschos mit noch mehr Bewußtsein auftreten. Dies wird verstärkt durch die allgemeine rassistische und sexistische Stimmung. Wir müssen den Faschisten ihre Propaganda so schwer wie möglich machen. Wir dürfen weder ihre Ideen, noch ihr öffentliches Auftreten unbeantwortet lassen, weder in Passau, noch sonstwo. Am 14. März planen wir einen Aktionstag gegen die DVU, wozu über die bayrischen Grenzen hinaus mobilisiert wird. Wir werden uns da um 9 Uhr morgens treffen und die Faschos kräftig besuchen ... (lacht) ah begrüßen. Wir versammeln uns hierzu am Exerzierplatz, dieser liegt direkt vor der Nibelungenhalle. Am Nachmittag gibt es dann auch noch eine Demo, und das Ganze wird abgerundet durch Volksküche und Antifa-Fest am Abend.

Frage: Glaubt ihr, daß irgendwelche Medien, speziell regionale Medien ... eure Vorhaben unterstützen können?

Antwort: Die Passauer Neue Presse, die hat bei uns so eine Art Monopolstellung, und wir können da in keiner Form unsere Inhalte übermitteln. Die PNP ist vielmehr ein rechtskonservatives Sprachrohr, in dem andere Inhalte einfach keinen Platz finden.

Frage: Jetzt könnt ihr uns vielleicht erzählen, wie die Hetze konkret gegen euch läuft und vor allem, wie sich das negativ auswirkt - ob das vielleicht die Mobilisierungsstärke schwächt?

Antwort: Von den regionalen Medien, also der PNP, werden die Demonstranten eigentlich nur als Chaoten bezeichnet, wobei da noch zu sagen ist, daß die PNP bis vor 2, 3 Jahren noch Anzeigen der DVU abdruckte, aber da hat's einen Gesinnungswandel gegeben, da die DVU Passau irgendwie den Ruf einer braunen Stadt geben könnte. Aber eine demoralisierende Wirkung wird kaum eintreten, da die DemoteilnehmerInnen fast nur AntifaschistInnen sind, die auf die Kritik der bürgerlichen Presse fast keinen Wert legen.

Frage: Nun gut, und da die Grenzen ja nicht zwischen den Völkern verlaufen, sondern zwischen oben und unten, haben wir uns in Österreich auch entschlossen, was dagegen zu tun. Denn: es muß eins klar sein, wo massig Faschos sind, sollten noch viel mehr, ja Massen, ja massigst Antifas sein! Okay, bis zum nächsten Mal!

Eine Gemeinschaftsproduktion von AKIN, Infoladen und Freien Radios. Die Sendung wurde/wird in dieser Woche ausgestrahlt.

Gesetzlich Geschützte Nazi's in der CSFR

Nach Jahrzehnten kommunistischer (?) Repression ist die Tschechoslowakei ein freies Land: Endlich dürfen bislang brav gebliebene Bürger/innen wieder aus und über sich hinauswachsen, sich entfalten, zeigen, was in ihnen steckt - und sie tun das auch, in jenen bunten Farben und Formen, wie sie nur wirkliche Freiheit hervorzubringen vermag...

(TATblatt-Wien)

Kennzeichen freier Staaten sind volle Geschäftslokale mit Leuten drinnen und draußen. Bei fortgeschrittenen freien Systemen stehen wenige im Geschäft und viele draußen. Wirkliche, unverfälschte Freiheit jedoch zeigt prallvolle Shops, fast menschenleer, breite Teile der Bevölkerung mit ebenso breitgedrückten Nasen, freie Wahl des Reiseziels, der Wohnstätte — also zu welcher Brücke, zu welcher Bahnhofshalle mensch zu reisen beliebt, um dort zu schlafen.

58% der GesundheitsgeberInnen (früher ArbeitnehmerInnen) in der Slowakei waren gegen Ende des vorigen Jahres arbeitslos, hatten also bereits abgesehen von den Bittgängen aufs Arbeitsamt völlig freie Hand in ihrer Zeiteinteilung, freie Zeit für kreatives Schaffen, Zeit, endlich ihren Wünschen und Neigungen nachzugehen — Fernreisen z.B., die so sehnsüchtig erträumten, in den westlichen Süden vielleicht, die Karibik ächzt bereits unter der Last erhohlungs- und vergnügungsgeiler CSFR-TouristInnen.

Viele jedoch bleiben vorerst daheim, um hier etwas zu tun. Um ihren neugewonnenen Staat aufzubauen. Um unter den Hammer (demnächst als ein an den Kommunismus erinnerndes Symbol verbotenes Werkzeug) gekommene Ex-Staatsbetriebe günstig zu ersteigern, wurscht mit welchem Knödel, Strohmann westlicher Firmen, weißzuwaschende Mafia-Knete, egal jetzt.

Doch zum Lob der neuen Freiheit muß auch gesagt werden, daß sich -vorerst nur kleine, organisierte Gruppen mit oftmals spärlichem Haarwuchs auch darüber Gedanken machen, welche Bevölkerungsgruppe denn nun im frischen Staat nichts mehr verloren hätte, nachdem sie bereits alles verloren hatte und nichts mehr zu verlieren hat: Nazi-Skinheads beschäftigen sich mit den Roma...

Jaroslav Musial, Bürgermeister von Teplice, - wohl einer der stinkendsten, krankmachendsten Industriestädte Europas im Norden Böhmens - gilt beispielgebend als Schirmherr örtlicher Skins, die ihm und seinen Bütteln tatkräftigst zur Seite stehen, wenn wieder mal die dort "lebenden" Roma am Plan stehen. Seinen Beschluß, die Glatzen unter seinen "ausdrücklichen Schutz" zu stellen, begründet unser Jaroslav mit einem Gespräch mit ihnen, worin sich diese "sehr kulturvoll" (was immer das auch ist) gezeigt und "interessante Argumente" gebracht hätten. Musial entblödete sich nicht, in den Vorstellungen der Faschos Parallelen zur seinerzeitigen "Charta 77" zu sehen. Dieser Bürgermeister blieb allerdings den Nachweis schuldig, wo er denn im Pro-

gramm der 77er die Notwendigkeit eines Terrors diverser Nazigruppen gegen ethnische Minderheiten nachgelesen hätte.

Und wenn schon mal Skinheads einen 40jährigen Roma im Zuge eines Lynchfestes lebensgefährlich verletzten - und dies ein wenig ungueten Staub aufwirbelte - , so besucht Musial zu allem entschlossen seine Nazis, um sie höflichst zu fragen, ob sie nicht etwa schlimm gewesen wären. "Nein, Alter...", und freundschaftliches Schulterklopfen, "...das waren Auswärtige!", worauf er sichtlich erleichtert mit dem Resultat seiner umfangreichen Ermittlungen vor die Öffentlichkeit tritt.

Größtmögliche Entbürokratisierung allfälliger Verfahren waren Ziele der "Charta 77". Jaroslav lieferte hierzu eine etwas eigenwillige Interpretation...

Skins also in Teplice als Hilfsbütteln. Oder etwa gar als Männer "fürs Grobe", als "Truppe zur besonderen Verwendung", vom Oberschaki der Stadt unter besonderen Schutz gestellt. Eine "Klein-SA" zur "Reinigung der Stadt von Nichtweißen" (O-Ton aus einem Nazi-Flugblatt).

Oberflächlich gesehen gehen die Uhren in Prag etwas anders.

"Böhmen muß weiß sein!", "Zigeuner in's Gas!" - so plärren sich auch in Prag kahlköpfige Haufen durch die Straßen. Bisher sah die dortige Polizei diesem Treiben mit eher schläfriger Aufmerksamkeit zu. Eisenstangen und Messer waren kein Grund, einzuschreiten. Ab und zu gab es ein wenig Drängerei, doch eher nur dann, wenn die Faschisten auch "weiße" PragerInnen anstänkerten. Ein paar erhobene Zeigefinger, ein strafender Blick, eine väterliche Verwarnung.

Das soll jetzt alles anders werden, heißt's. Jetzt gibt's endlich eine Spezialeinheit der Bullen, mit der martialischen Bezeichnung "Gruppe für den Kampf gegen faschistisch-rassistische Aktivitäten der Punks und Skinheads auf dem Gebiet der Hauptstadt Prag". Wie dieser Wortwust abgekürzt werden soll, steht noch aus. Rätselhaft ist auch das Zusammentreffen von Punks und Skins in einem Topf.

Betrachtet mensch den Umgang der Bullen in anderen europäischen Städten mit Neonazis, welcher in der Regel lediglich ein

Spektrum umfaßt vom behutsamen Abdrängen über riechbares Wohlwollen bis hin zu praktizierter Zusammenarbeit, so darf an der Effizienz dieser brandneuen "GFDKGF RADPUSADGDHP" (ich hab'mir die Hack'n mit der Abkürzung g'macht!) durchaus herumgezweifelt werden.

Erster Grund für berechtigtes Mißtrauen ist: die Nazis terrorisieren "ja nur" ZigeunerInnen. Und daß sich ausgerechnet Polizisten mit all ihren Vorurteilen gegen potentielle Verbrecher, oder gegenüber einer Minderheit, welche quasi weltweit im Geruch von Kindesentführung, rituellen Menschenopfern, arbeitsscheu, anachronistischem Herumnomadieren, ja und natürlich Stehlens, Betrugens, Messerstechens und sonstigen - ens steht - daß just solche

Bütteln einen Schutzwall aus ihren Leibern für die "Zigeuner" und gegen anstürmende Nazis errichten werden ...die Roma werden's nicht glauben, die Faschos nicht, die Bullen selber nicht, keineR glaubt's und i net.

Ich stelle mir

nur unsere Cobranten vor, wie sie mit Zähnen und Klauen eine in einem Park zitternde Türkenfamily gegen Rechtsradikale verteidigen, und schon weinen die Hühner.

Vielmehr steht zu erwarten, daß weiter ermahnt wird, während hinter den Bütteln bereits Familien zusammengedroschen werden. Eingeschritten wird sicher -spätestens wenn die Roma beginnen, sich zur Wehr zu setzen. Gegen wen dann, steht wohl außer Zweifel. Beispiele dafür gibt's aus Hamburg zuhauf, nur sind dort anstatt der Roma die Türkinnen die Bitterbösen.

Ein System vorher, im "Realen Sozialismus", wurden die Roma natürlich auch drangsaliert. Zwangsweise Assimilierungsversuche sanfter und brutaler Natur scheiterten jedoch an einer den Roma unter jahrhundertaltem Druck gewachsenen Zähigkeit, einer weitgehenden Resistenz gegenüber wechselnden Gesellschaftssystemen - eines morbider als das andere. Vielleicht hatte die Zeit wirklich auf einen sich humanistisch gebärdenden Durchschnittsschriftsteller und Nobelpreissträger gewartet, unter dessen Regentschaft mit den Roma ein für allemal Schluß gemacht werden sollte....?



Gemeinsam gegen
(Neo-)Nazis

Über den Tag hinaus ... Zur Silvesterdemo in Göttingen

Am Abend des 31.12.1991 fand eine Demonstration statt, zu der die Autonome Antifa (M) und die Antifa Jugendfront aufgerufen hatten. Die Parole, unter der diese Demo stand, hieß: "Zusammen gehört uns die Zukunft — Gegen Faschismus und Polizeiterror!"

(Göttinger Antifa)

Diese Parole steht nicht nur im Zusammenhang mit einer entsprechenden politischen Arbeit, sondern bezog sich auch auf zwei konkrete Ereignisse in Göttingen.

Das eine ist der Mord an Alexander Selchow, an dessen Jahrestag die Demo stattfand, (Anm. Alex wurde von einigen Nazis aus Polaceks Schutzstaffeln ermordet), das andere der Polizeiterror auf die Mahnwache anlässlich des zweiten Todestages von Conny Wessmann am Abend des 16. November 1991.

Die Demo steht in der Linie kontinuierlicher autonomer Antifa-Arbeit und verfolgte ein klares Konzept.

Ein wichtiger Punkt dieses Konzeptes war die politische Durchsetzung eines Schwarzen Blockes, möglichst mit Helmen und Ausrüstung. Die Durchsetzung dieses Blockes hatte das Ziel, klarzumachen, daß wir vor dem Polizeiterror vor Ort nicht weiter zurückstecken werden. Außerdem wollten wir klar machen, daß es hier beispielsweise möglich ist, sich zu maskieren etc., wenn wir es für nötig halten.

Für viel Leute waren Helme vor allen Dingen auch Eigenschutz. Die Räumung der Mahnwache, die nur einige Wochen her war, hatte gezeigt, wie sinnvoll es sein kann,

sich mit Helmen vor Verletzungen zu schützen. Darüberhinaus hatte ein entsprechendes Auftreten des Schwarzen Blockes das Ziel, zu verdeutlichen, daß wir eine politische Bewegung sind und nicht nur die hirnlosen Krawallierenden, als welche die Medien uns immer darzustellen versuchen. Entsprechendes Auftreten hieß, maskiert, mit Helmen etc. aber ohne daß wir von uns aus in dieser Situation die Polizei angreifen bzw. die Gunst der Stunde nutzen und die Scheiben der Läden in der Innenstadt einwerfen.

Mit diesem Vorgehen, im Zusammenhang mit der kontinuierlichen politischen Arbeit vor Ort, meinen wir, eine größere politische Glaubwürdigkeit und Akzeptanz erreicht zu haben.

Letztlich wollen wir damit auch auf die Diskussion über das Polizeistaatsgesetz "Vermummungsverbot" Einfluß nehmen, das wir, wie andere Polizeigesetze auch, weg haben wollen.

Zu Beginn der Demo wurde nochmal das Konzept erläutert und eine Grußadresse von Rolf Heißler, Gefangener aus der RAF, verlesen. An der Demo beteiligten sich ca. 700 Menschen. Der größte Teil der Demo war maskiert, 150 Leute trugen Hel-

me. Im vorderen Teil der Demonstration wurden Schilder mitgeführt auf denen die Namen und Todesdaten von den Menschen standen die im letzten Jahr von Faschisten ermordet worden waren. Einige Leute klebten während der Demo Pflastersteine aus Pappe an Schaufensterscheiben und Aufkleber die eine Bruchstelle zeigten und auf denen zu lesen war: "Hier könnte ein Loch sein".

Das Demokonzept wurde wie angekündigt eingehalten, d.h. es gab keine Angriffe aus der Demo heraus.

Die Polizei ließ sich die ganze Zeit nicht blicken. Allerdings waren starke Polizeikräfte in der Nähe des Innenstadtbereiches aufgezogen. Die Aktion begann gegen 21:30 Uhr und endete wie vorher bekannt gegeben um 23:30 Uhr auf dem Göttinger Markt (Gänseliesel).

Der Text geht noch weiter, aus Zeit und Termingründen, können wir leider nicht alles abdrucken. Wer sich aber genauer über das Konzept und eine autonome Einschätzung informieren will kann diese für einen kleinen Kopierkostensatz bei uns bestellen. Tb-Wien



Silvesterdemo 1991/92 in Göttingen unter dem Motto: "Zusammen gehört uns die Zukunft ... Gegen Faschismus und Polizeiterror". Auf den mitgeführten Schildern stehen die Namen der im Laufe des Jahres 90/91 durch Faschisten ermordeten Menschen.

Algerien: Die Armee übernimmt die Macht

Daß sich die Lage in Algerien zugespitzt hat, wird nach dem Aufmarsch der Armee, nach der Absetzung des Präsidenten, und nach den Meldungen über den bevorstehenden Wahlsieg von "islamischen Fundamentalisten" nicht bezweifelt werden. Was allerdings genau vor sich geht, ist nur schwer einzuschätzen, insbesondere angesichts der geografischen als auch ideologischen Ferne des Problems, das wiederum nicht weit genug entfernt ist, um uns vor Spekulationen und Vorurteilen zu schützen.

(TATblatt Wien)

Angesichts der sich rasant entwickelnden Neuigkeiten, die uns täglich aus Algerien erreichen, wird leicht übersehen, daß die Ursachen des Konflikts — wie meistens — schon einige Zeit zurückliegen. Und so kann auch in Algerien nicht von einer plötzlich auftretenden fundamentalistischen Bewegung gesprochen werden. Die letzten Wahlen machen allerdings sichtbar, was offenbar allzulange verdrängt wurde.

Die Wahlen

Die jüngere Vorgesellschaft: Im Oktober 1988 kommt es im ganzen Land, und vor allem in der Hauptstadt Algier, zu sogenannten Hungeraufständen. Die soziale Lage hatte sich dermaßen verschlechtert, daß die Menschen nach Erhöhungen der Preise von Brot und anderen Grundnahrungsmitteln, zu 100 000 den auf die Straße gingen. Schon damals wurde die Bewegung von islamischen Kräften — und diese Einschätzung ist schwer zu treffen — unterstützt bzw. ausgenutzt. Die heftige Reaktion der Regierung, und vor allem der Armee, war auf jeden Fall auch eine Antwort auf diese Beteiligung islamischer Kräfte an den Demonstrationen: über 150 Tote bilden das tragische Resümee. Die Regierung konnte sich nach dem Massaker nur retten, indem sie liberale Reformen und freie Wahlen für die Zukunft versprach.

Und schon bei den ersten größeren Wahlen (Komunalwahlen 1990) konnte eine große Anzahl deklariert islamischer Kandidaten aufsehenerregende Erfolge verbuchen.

Im Juni 1991 sollte das neue Wahlgesetz beschlossen werden. Da es der regierenden FLN (Front der Nationalen Befreiung) Vorteile gebracht hätte, rief die Neugegründete FIS als Sammelpartei der islamischen Kräfte zum Generalstreik und zum landesweiten Aufstand auf. Der Aufstand wurde niedergeschlagen, die Wahlen verschoben, 2 militante Führer der FIS sitzen seitdem in Haft, aber der Wahlmodus wurde zu Gunsten der FIS geändert.

Am 26. Dezember kam es jetzt zu der ersten Vorwahl. National und international

wurde die FIS als großer Siegerin dieser Vorwahl gesehen. Die FIS selbst leitete aus dieser Wahl sehr rasch eine nationale Füh-



Freitagsgelbes in Algier: „Wer nicht an Gott glaubt, kommt in die Hölle.“

rungsrolle ab, insbesondere da sie einen absoluten Wahlerfolg beim zweiten Wahldurchgang erwartete.

Beim genaueren Betrachten dieses ersten Wahldurchgangs erscheint der Wahlerfolg nicht mehr so eindeutig: Die FIS erhielt 3,2 Millionen Stimmen (= ein Viertel der Wahlberechtigten), was ihr 188 Sitze gebracht hätte, die FLN erhielt für ihre 1,2 Millionen Stimmen nur 18 Sitze. 40% der AlgerierInnen enthielten sich der Stimme, angeblich fehlte eine immense Zahl von Wahlkarten, weiters waren die komplizierten Bögen ein Problem für die vielen AnalphabetInnen.

Islamischer Fundamentalismus

Die FIS beansprucht den Wahlsieg auf jeden Fall für sich, und spricht ganz offen davon einen "islamischen Staat" errichten zu wollen, auch wenn das auf Widerstand anders eingestellter Bevölkerungskreise stoßen sollte. "Das islamische Volk Algeriens ist unsere Heilsfront, und wer die islamische Republik nicht will, stellt sich gegen Volk und Glauben", verkündete vor kurzem der dem eher gemäßigten Flügel angehörende FIS-Vorsitzende Hachani. Was dabei nicht übersehen werden darf ist, daß der Islam schon seit langem Staatsreligion in Algerien ist, daß alle Staatsoberhäupter Algeriens sich zum Islam bekannten, und daß es immer schon große Freiräume für islamische Strömungen gab. Nicht erst seit die FIS erste Wahlerfolge davontrug, muß-

ten vor allem Frauen unter dem steigenden Radikalismus leiden (siehe TATblatt -41). Jetzt mehren sich allerdings Berichte, die von verfolgten und mißbrauchten Frauen (vor allem in höheren beruflichen Positionen, wie Universitätsprofessorinnen) gerade in Städten und Regionen berichten, in denen die FIS erste Erfolge erzielen konnte.

Protest

Dabei ist die FIS eindeutig nicht durch ihre islamische Politik in die Gunst der WählerInnen gekommen. Heute wie vor 3 Jahren schaffte es die FIS ein breites Protestpotential für sich zu gewinnen, indem sie durch Forderungen auffiel, die hierzulande als populistische

Propaganda bezeichnet werden: Arbeitsplätze schaffen (z.B. indem Frauen aus der Arbeitswelt entfernt werden sollen, was Hachani diese Tage allerdings bestritt), Preissenkungen, Systemwechsel, antiwestlichen Parolen ...

Seit dem Ölpreisverfall und sicher zum Teil auch bedingt durch die algerische Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre, die sich nach und nach doch westlichem Druck beugen mußte, kam der Wiederaufbau des Landes ins Stocken. Heute sind 3 von 4 AlgerierInnen jünger als 30 Jahre; acht Zehntel der über 25% Arbeitslosen sind ebenso dieser Altersgruppe zuzuordnen; im Jahr 2000 wird eine Zahl von 30 Millionen Arbeitssuchenden erwartet. Vom Liberalisierungsschub der letzten Jahre (Öffnung der staatlichen Betriebe in Richtung Ausland; Umstrukturierung des Finanzwesens, ...) bekamen die Mittellosen nur die negativen Auswirkungen (vor allem die Teuerung) zu spüren. Der Politik der regierenden FLN wurde gleichgesetzt mit Korruption und Unfähigkeit, nachdem sie den Ruf als Befreierin des Landes bei den Jugendlichen, die den Krieg nicht miterlebten, nicht aufrechterhalten konnte. Die FIS konnte diese Unzufriedenheit anscheinend für sich nutzen, indem ihre Führer als islamische Sozialrevolutionäre auftraten. Die Haltung der Regierung (zum Beispiel in punkto Frauenfragen (siehe wiederum TATblatt -41)), gegenüber der FIS nachzugeben und islamische Werte seinerseits für sich zu instrumentalisieren, wird von einigen heute

als weiterer Grund für den großen Zulauf zur FIS gesehen.

Wenn die linke Feministin Chalida Mas-sudi in einem Interview meint: "Wir müssen jetzt für die Demokratie kämpfen, für uns und für die arabische Welt.", so richtet sie



PANZER IN ALGIER

sich damit nicht nur gegen die Bestrebungen der FIS einen islamischen Staat mit islamischen Recht zu errichten, sondern auch gegen die FLN und die neue Krisen-Regierung. Das Gemeinsame der Araber sei nicht ihre Sprache, meint sie weiters, "sondern ihre autoritären Regime und die schändliche Ungleichheit."

Deutlich wird, was sie meint, bei der Betrachtung der letzten Ereignisse.

Die Armee und die derzeitige Situation

Nach dem Erfolg der FIS beim ersten Wahldurchgang zu den Parlamentswahlen

mußte Präsident Chadli zurücktreten. Von Führern der FLN und vor allem von der Armee wurde er als zu schwach gegenüber den FundamentalistInnen eingeschätzt. Die Armee nutzte einen Passus in der algerischen Verfassung, und schritt "zum Wohl des Staates und des Volkes" ein. Die Wahlen wurden auf unbestimmt verschoben, die wichtigsten islamischen Führer verhaftet, alle Einheiten in Alarmbereitschaft versetzt und die wichtigsten Orte und strategischen Punkte besetzt. Dieser Schritt wird als Gegenwehr zum von der FIS geplanten Sturz der Verfassung bezeichnet. Traditionellerweise hat die Armee seit Ende des Befreiungskrieges verfassungsschützende Funktion. Starker Mann im jetzt eingesetzten 5-köpfigen Regierungsgremium ist auch unbesritten der Verteidigungsminister General Nezzar. Um Popularität in der Bevölkerung zu gewinnen, und auch um international bestehen zu können, wurde Mohammed Boudiaf nach 27-jährigem Exil aus Marokko geholt um nun als 72-jähriger das Gremium anzuführen. Weiters sind im Gremium, das nun ohne gesetzliche Grundlage Algeriens Regierung stellt, vertreten: ein Vertreter der Menschenrechtsbehörde, der Minister-

präsident, der Generalsekretär des Verbandes ehemaliger Freiheitskämpfer und ein islamischer Geistlicher. Boudiaf — selbst ein ehemaliger Mitbegründer des Freiheitskampfes gegen die französische Kolonialmacht — mußte Algerien wegen seiner Ablehnung des Einparteiensystems und seiner trotzkistischen Einstellung verlassen und wurde in Abwesenheit sogar zum Tode verurteilt. Vielleicht ist seine Rückkehr der Grund, weshalb die bisher regierende FLN die Verschiebung der Wahlen kritisiert und angeblich auf höchster Ebene koordinierende Kontakte zur islamischen FIS auf-

nahm.

BürgerInnenkrieg?

Die einzige größere Partei neben FLN und FIS, die vehement gegen die "Regierungsjunta" auftritt ist die FFS.

Die FFS (Front der sozialistischen Kräfte), die dem sozialdemokratischen Spektrum zugeordnet wird, und betont für eine Trennung von Kirche und Staat eintritt, hat vor kurzem erst 500 000 DemonstrantInnen auf die Straße gebracht, um ihren Unwillen sowohl gegen den aufkommenden Fundamentalismus als auch gegenüber der zögernden, überkommenen und autoritären Politik der FLN zu bezeugen.

Wie die FLN scheint sie der Meinung zu sein, daß die aufgefahrenen Panzer den Zulauf zu den Fundamentalisten kaum bremsen, wenn nicht sogar beschleunigen könnten. Nach den furchtbaren Erfahrungen im Befreiungskrieg (auch der FFS-Führer ist ein Held des Befreiungskampfes) teilt auch die FFS die Angst vor einer Eskalation. Denn schon jetzt zeigt sich, daß breite Bevölkerungskreise, zum Beispiel die Frauenbewegung und ein guter Teil der Intellektuellen in den größeren Städte nicht bereit sind, den islamischen Forderungen beizugeben. Besonders die Frauen bekommen diese schon jetzt immer mehr am eigenen Leib zu spüren.

Bezeichnend ist, daß sich die Popularität der FFS auf eine Volksgruppe stützt, die sowohl gegen die islamischen Expansionsbestrebungen als auch gegen die FLN eintritt: die Berber. Eine weitere Volksgruppe, die zumindest teilweise der FLN nahesteht, sind die in der Sahara lebenden Tuareg: von höchster Stelle haben sie betont, notfalls einen Krieg gegen die FIS führen zu wollen, da sie die Gebietsansprüche und den Drang nach Einfluß der in der Sahara lebenden Araber nicht akzeptieren wollen.

Für Zündstoff ist in der schwer zu überblickenden Lage auf jeden Fall gesorgt. Die FIS mobilisiert, wenngleich sie bis jetzt nicht — wie vergangenen Juli — offen zum Aufstand aufrief. Auf der anderen Seite steht nicht nur die Armee, die Demonstrationen der letzten Tage mit Schüssen in die Luft auflöste.

FORTSETZUNG FOLGT.



papierTIGER

Die Papierindustrie ist auf eine ihrer Sünden gestoßen, die sie natürlich nie begangen hatte: Die Chlorbleiche. Nun wird mit viel Tamtam chlorfrei gebleichtes Papier zum "neuen Umweltschutzpapier" hochgejubelt.

Wir stellen ohne Tamtam fest, daß in einer ökologischen Gesamtbilanz Recyclingpapier aus 100% Altpapier nach wie vor um Längen voraus ist.

Das andere Papier. papierTIGER GmbH, 1070 Wien, Westbahnstr.40. Tel. 5233071. Fax. 523307122.

Chlorfrei gebleicht

Nicaragua: Seltsamer Frieden

Im heutigen Nicaragua scheint politisch nichts mehr unmöglich zu sein: Armeechef General Humberto Ortega, lange Jahre der oberste Widersacher der von den USA ausgerüsteten Contras, dekorierte letzte Woche den Militärattaché Washingtons mit der höchsten Auszeichnung der sandinistischen Armee und gleichzeitig unterzeichnete Innenminister Carlo Hurtado mit den sogenannten "Recontras" — neuerlich bewaffneten Banden ehemaliger Contras — ein Abkommen, durch das einige Anführer der Recontras zu lokalen Chefs der Nationalpolizei werden. Die wirtschaftlich Zwangslage Nicaraguas und die junge Freundschaft zum Geldgeber USA zwingen Regierung und Armee zu den gewagtesten Kapriolen.

(APIA)

Seit einigen Tagen sammeln sich Gruppen von Recontras in der Gemeinde Tomatoya, rund 180 km nördlich von Managua. Bis Mitte Februar sollen die rechtsgerichteten Aufständischen unter internationaler Aufsicht ihre Waffen abgeben. Der Preis: in ihren Siedlungsgebieten werden ehemalige Contras in der Polizei aufgenommen und in einigen Gemeinden dürfen sie sogar den Chef der lokalen Sicherheitskräfte stellen. Schon jetzt ist in der Nordregion Matagalpa/Jinotega jeder vierte Polizist ein Ex-Contra. Durch die neue Regelung wird das Kontingent auf gut 50 Prozent erhöht. Die Regierung konnte letzte Woche auch mit den sogenannten "Recompas" — ehemaligen sandinistischen Soldaten, die sich von Recontras bedroht fühlten und sich zum Selbstschutz organisierten — ein Abkommen schließen und die Entwaffnung mehrerer Einheiten aushandeln.

Über Vermittlung von Kardinal Obando y Bravo setzten sich Regierungsvertreter letzte Woche sogar mit "El Indomable" — "der Unbezähmbare" — an einen Tisch. Der Recontra-Chef operiert unabhängig vom vereinigten Generalstab der irregulären Truppen und wird für die Mehrzahl der Attacken auf Genossenschaften und Morde an sandinistischen AktivistInnen verantwortlich gemacht. Im Rahmen einer Weihnachtsamnestie wurden aber alle Strafverfahren gegen ihn eingestellt. El Indomable, der sich als "christlichen Guerillero" bezeichnet und der mit dem gelb-weißen Halstuch des Vatikans zu den Gesprächen in Managua erschien, drohte mit weiteren Anschlägen, falls die Regierung seinen Forderungen nicht nachkomme: den völligen Abzug der Armee aus dem Norden und die Absetzung von Humberto Ortega.

Die Recontras, so versichert eine glaubwürdige Quelle, seien nicht nur durch gutes Zureden und politische Konzessionen zur Waffenniederlegung bewogen worden, sondern auch durch handfest wirtschaftliche Präbenden: Jedem Anführer sollen 10.000 US-Dollar, ein Haus und ein Auto versprochen worden sein, jedem Kämpfer 200 Dol-

lar für sein Gewehr. Diese wirtschaftliche Lösung sei billiger als die militärische. Denn allein eine Flugstunde im Helikopter koste die Armee 1000 Dollar, zwei Wochen Einsatz der Infanterietruppen eine halbe Mil-



lion. Außerdem drängt die Zeit: In Jinotega und Matagalpa, der wichtigsten Kaffeeanbauzone Nicaraguas, steht der Höhepunkt der Ernte bevor. Vor wenigen Tagen schlug der Chef des Nationalen Kaffee-Rates Alarm: Nicht weniger als 58 Prozent der gesamten Kaffee-Ernte seien gefährdet, wenn die militärische Aktivität nicht beendet würde. Die ErntearbeiterInnen verweigern den Einsatz auf Plantagen in Zonen, wo Recontras oder Recompas operieren. Für die vom Kaffee-Export abhängige Wirtschaft Nica's droht bei heutigen Preisen ein Verlust von über 30 Mio Dollar — für die prekäre Wirtschaft des Agrarlandes eine Katastrophe.

Armeechef Humberto Ortega wird heute von seinen eigenen Parteifreunden noch schärfer attackiert als von seinen Erzfeinden, den Contras. Als bekannt wurde, daß er dem scheidenden Militärattaché an der US-Botschaft, Oberstleutnant Denis Quinn, die goldene Camilo-Ortega-Medaille an die Brust geheftet hatte, liefen bei den

lokalen Radios die Telefone heiß: Träger des Ordens und Angehörige von verdienten Soldaten, denen das Ehrenzeichen posthum verliehen worden war, klagten über die skandalöse Entweihung der revolutionären Auszeichnung. Camilo Ortega, der jüngste der Ortega-Brüder, war 1979 im Volksaufstand gegen den Diktator Somoza gefallen. Den Orden hatten bisher außer sandinistischen KämpferInnen auch schon 20 Militärattachés bekommen. Die Dekoration des US-Offiziers war jedoch dem Großteil der Parteibasis zuviel der Anbiederung an den ehemaligen Aggressor. Schließlich hatte die US-Regierung im vergangenen Jahrzehnt die Contras aufgebaut, angeleitet und jahrelang teils offen, teils verdeckt finanziert. Von ihrer Botschaft in Managua aus wurde die interne Front der Contras koordiniert. Auch Luis Carrion, eines der Mitglieder des sandinistischen Nationaldirektoriums, kritisierte den ehemaligen Kollegen Humberto Ortega: "Die Ordensverleihung war ein politischer Fehler der Armee".

Ortega Politik der Entpolitisierung der Armee, die nur aus verfassungsrechtlichen Gründen noch sandinistisch genannt wird, trägt ihre Früchte: Bei seinem Blitzbesuch in Managua letzten Freitag forderte US-Außenminister Baker zwar eine "professionelle und unparteiische Polizei", sparte aber mit Kritik an der Armee. Was die USA unter unparteiischer Polizei verstehen,



kann erahnt werden. Denn es dürfte kein Zufall sein, daß die Aufnahme von Contra-Chefs in die Polizei unmittelbar nach Bakers Besuch bekanntgegeben wurde. ●

«Ich hab's satt»

Begeisterungsausbruch über ein Theaterstück

Nicht enden wollender Applaus. Nicht nur bei der Premiere, sondern in meinem Kopf. "Ich hab's satt" handelt von einer Jugendlichen, die aus Angst, "zu dick" zu sein, aufhört, zu essen. Wenig Kalorien, viel Körpertraining — der schleichende Beginn einer Krankheit: Magersucht.

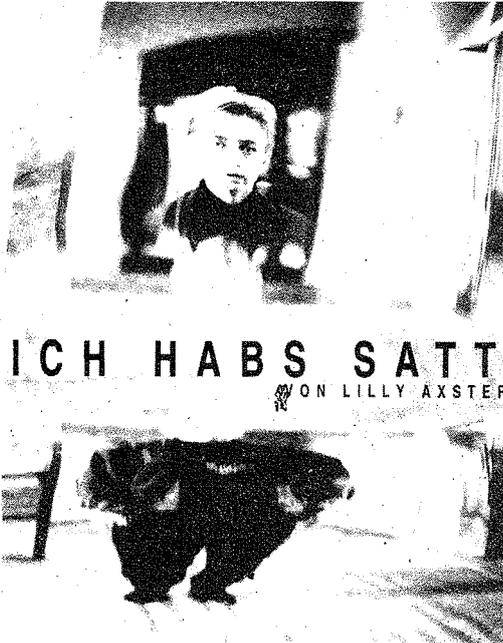
(TATblatt-Wien)

Magersucht ist eine psychosomatische Krankheit, bei der die Betroffenen oft hungern, bis sie zum Skelett abgemagert sind, und dennoch in der ständigen Angst leben, zu dick zu sein. In 6 % der Fälle endet die Krankheit tödlich. Zu 90 % sind die Betroffenen Mädchen und Frauen, vor allem im Alter zwischen 12 und 25 Jahren.

Magersucht bedeutet für die Betroffenen aber nicht nur die Chance auf Anerkennung durch "Schlank-sein" = "Schön-sein", sondern auch, endlich einmal Macht zu haben. Christina, die Hauptfigur des Stückes, spürt ihre errungene Stärke nicht nur in der Macht über ihren Körper, die Fähigkeit, Verlangen des Körpers einfach — nein, nicht einfach, sondern durch extreme Willensstärke — zu ignorieren; sie hat plötzlich auch Macht über die Stimmung von Eltern und FreundInnen. Sie steht im Mittelpunkt, alle machen sich Sorgen, versuchen mit verschiedensten Mitteln, sie zum Essen zu bringen.

"Das Dünnsein bedeutete für mich unendlich viel Macht. Ich stand im Mittelpunkt des Interesses; zunächst bewunderte man mich, dann war ich das große Sorgenkind. Ich konnte mich schwierigen Situationen entziehen, mich aus der Schußlinie manövrieren. Ich bekam endlich die Fürsorge und Liebe zu spüren, die ich haben wollte, die ich anfassen konnte. Ich war zu etwas Besonderem und Mysteriösem geworden, etwas, das man vorsichtig behandeln muß. Ich konnte die Stimmung zu Hause andrehen, wie im-

mer ich wollte: trank ich einen Schluck Milch, war man glücklich — aß ich nichts, war man verzweifelt. Man beschäftigte sich ausschließlich mit mir. Endlich nahm man mich wahr. Für mich selbst war



Hungern ein riesiges Gefühl: endlich war ich jemand. Ich war zufrieden mit mir, endlich zufrieden. Ich konnte stolz auf mich sein, stolz, weil ich so stark war und mehr konnte als andere." (Zitat einer

Magersüchtigen).

Betroffen macht das Wiedererkennen: Christina ist eine Frau wie ich. Die selben Ängste, die selben Gefühle. Und wir sind keine Ausnahme. Hier geht's um etwas zutiefst politisches, um's Frau-Sein in dieser Gesellschaft.

Besonders gut gefallen hat mir die Umsetzung. Trotz des Ernstes des Themas hat das Stück unheimlich viel Witz. Und dadurch eine gewisse Leichtigkeit. Nicht nur "frauenpolitische Bildung", sondern auch Unterhaltung stehen auf dem Programm. Alles sehr einfach und klar.

Sehr empfehlenswert auch das Programmheft als weiterführende Literatur. Es behandelt die Beschreibung der Krankheiten Magersucht und Eß-Brechsucht mit ihren Symptomen und Betroffenenberichte über Kindheit, Einstieg, Familie, Alltag, Starksein und Frausein, inklusive Anhang mit Literaturhinweisen und Adressen von Beratungs-/Therapiestellen und Selbsthilfegruppen. Die Fakten über die Magersucht und das Zitat in diesem Artikel sind dem Programmheft entnommen.

Einziger Nachteil: Die Karten sind relativ teuer: Normalpreis: S 140.-, ermäßigte für Studis S 120.-, SchülerInnen bis 18 J. S 90.-; das Programmheft kostet nur S 20.-

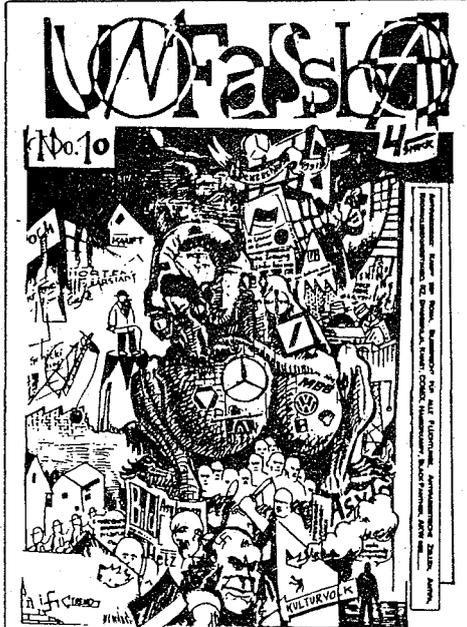
"Ich hab's satt" von Lilly Axster noch bis 8. Februar 1992, täglich (außer So) 20.00 Uhr im Theater im Konzerthaus 1030 Wien, Lothringerstraße 20

Film- und Infoabend im TATblatt Büro!

Am 7.2., 19 h, ist geplant zuerst eine Zusammenfassung der aktuellen Bildberichte über die staatliche Zerschlagung einiger Neo-Nazigruppen in Österreich zu zeigen. Danach wird "Kein ruhiges Hinterland" gezeigt — ein Informationsbericht über die faschistische "Deutsche Volks Union (DVU)" und deren alljährliche Treffen in Passau.

Im Rahmen der österreichischen Mobilisierung gegen die DVU Veranstaltung in Passau gibt es im Anschluß an diesen Film eine Infoveranstaltung mit dem Thema: "Warum nach Passau".

Weitersagen und Hinkommen !!!



UNFASSBA, Fachblatt für Anarchie, Spaßgerilja und Widerstand. Nr.10 ist da!
Inhalt: Bleiberecht für alle!, ANTIFA, HERZschläge, Volkssport, COMIX, Anti-AKW, Black Panthers, Knast, Kriminalisierungstango, Häusakampf BRD, ...
Preis: 4 BriefMARK an UNVIEH, c/o Umwälzzentrum, Scharnhorststr.57, D-W-4400 Münster. ABO: 20 DM. Wiederverk.: 30% Rabatt plus Porto/versand.

Termine

Wien:

jeden Do, 20h, EKH — Ernst-Kirchweg-Haus (1100 Wien, Wielandg. 2-4): **“Rechtshilfedisco”**

jeden Fr, 16h, Radhausplatz: **“Radfahren Am Freitag”**

Mo-Fr, 8h-19h, Bildungszentrum der AK (1040, Theresianumg. 16-18): Ausstellung über **“Das andere Amerika”** (kostenlos!) — In dieser Ausstellung wird Material der US-amerikanischen Gewerkschaftsbewegung gezeigt, das teilweise von der US-Regierung beschlagnahmt wurde. Auskünfte und Anmeldungen für Führungen: Bildungsabteilung der AK Wien: Tel.: 501 65/31 44 und 31 07.

Mi, 29.1., 19.30h, Chuzpe (1090, Marktg. 21-23): Treffen der Gruppe **K.A.I.**

Mi, 29.1., 17h, Grünes Büro (1070, Stiftg. 6): Fachgespräch (!) **“2. Wie-**

ner City” — An dem Gespräch werden neben Christoph Chorherr auch Architekten und Stadtplaner teilnehmen.

Mi, 29.1., 20h, KuKu (1060, Linke Wienzeile): Treffen der Agitations-Info-Gruppe (**Aktionseinheit gegen Rassismus und Faschismus**) — **Videos** über faschistische Aktivitäten, **Antifa-Bands** und **Musik**.

Fr, 31.1., 19h, Literaturhaus (1070, Zieglerg.): **Benefiz-Fest** für Nora in Papenheim

Fr, 31.1., 20h, TU-Reselpark (Stiege 4, 3.Stock, Zeichensaal der ArchitektInnen): **UNITAT-Fest des KSV** (Kommunistischer StudentInnenverband — mit **“Shaken not stirred”** und **“Le Jaques Brel massacre”**

Fr, 31.1., 19h, Haus der Begegnung (1060, Königsegg. 10): **“Jörg Haider und sein Publikum”** — Diskussion anlässlich der **Buchpräsentation** mit den AutorInnen.

Sa, 1.2., 20h, HOSI-Zentrum (1020, Novarag. 40, Tel.: 26 66 04):

Lambda-Gschnas — **“Wir feiern die 50. Ausgabe der Lambda-Nachrichten. Prämiierung des besten Kostüms.”**

Mi, 5.2., 19.30h, Juridicum (HS U 10): **“Neutralität und Friedenspolitik”** — Vortrag und Diskussion mit Robert Jungk (Veranstalterin: GRAS)

Oberösterreich:

KAPU Linz (4020, Kapuzinerstr. 36):

jeden 1. Sonntag des Monats — Frauenfrühstück

Schlachthof Wels (4600, Dragonerstr. 22, tel.: 07242/67 284)

Do, 30.1., 20h: **“bolt thrower (GB), asphyx (NL) und benediction (GB)” — drei death-metal bands**

Sa, 1.2., 21h: das definitive **raggae-fest** mit dubblestandart + drei sänger + 2 dj's — **“die lange nacht des black groove”**

So, 9.2.: hank roberts - marc feldman - mark dresser **“arcado string trio”**

Betrifft: TATblatt

Geschafft: Ab sofort kommt das TATblatt wieder im gewohnten Umfang und regelmäßig alle zwei Wochen heraus (hoffen wir zumindestens). Die im letzten TATblatt kurz angesprochene interne Krise wurde mittels eines — auch schon zur lieben Gewohnheit gewordenen — Krisenplenum aus dem Weg geräumt. Für alle ZweiflerInnen, die sich ihre Spenden etc vielleicht in Anbetracht der internen Krise etwas aufgespart haben, ist also jetzt der ideale Zeitpunkt gekommen, ihr Geld nun ganz ungehemmt in des TATblatts Rachen zu werfen. Die Weiterexistenz des TATblatts ist für die nächsten paar Jahrzehnte beschlossene Sache! Dazu suchen wir aber noch massigst SelbstbesteuereInnen, die sich vorstellen können, jeden Monat zwei-drei Biere weniger zu trinken, und dafür so vielleicht 50 oder 100 Öschis dem TATblatt mittels Dauerauftrag zu überweisen... Siehe dazu den Solisteuerkasten.

Fehlen tut in diesem TATblatt wie immer auch wieder etliches (hättet ihr uns halt was darüber geschrieben!), dafür ist sicherlich auch wieder einiges drinnen, was wir uns vielleicht besser gespart hätten.

Auf alle Fälle wünschen wir euch wie immer bis zum nächsten Mal ganz viel Liebe und Kraft!..... ähh, was hiermit also geschehen ist!

Baba!

Einer vom TATblatt Kollektiv

Fast hättens wir vergessen:

Wir hättens nämlich ganz gerne, wenn ihr uns schreibt was ihr so zum diesjährigen Opernball denkt. Wir wissen nur das anscheinend nix ist. Also schreibt uns mal.

d. Layouter

Was wir uns weiterhin sehnlichst

wünschen:

*** massigst Geld: Durch unsere Spendenkampagne haben wir zwar schon**

73.005,-

erhalten, doch wie ihr sicher aus den letzten TATblättern wißt, brauchen wir rund 100.000,- um überlebensnotwendige Investitionen durchzuführen.

Deshalb weiter der dringende Aufruf an euch:

Wir brauchen dringend

Spenden, Abos...

*** jede Menge HandverkäuferInnen in jeder Stadt und jedem Dorf!**

Ihr bekommt 5,- pro verkauftem Exemplar

Abzuholen sind die Zeitungen jeden Dienstag ab 18 Uhr, bzw. jeden Donnerstag ab 19 Uhr (Plenumstermin) bei uns im Büro (Gumpendorferstr. 157/11, 1060 Wien, Tel.: 56 80 78).

Oder einfach anrufen und dann vorbeischauen.

Leuten aus den Bundesländern schicken wir das TATblatt mit der Post. Also einfach anrufen oder schreiben wieviel Exemplare pro Nummer ihr haben wollt.

Demonstration für die Lubicon Cree und die Blackfoot Freitag, 31.1.92, Treffpunkt 14.30, Ecke

Landstr.Hauptstr./Seidlg.

Im Jahre 1986 hatten die durch Infektionskrankheiten stark dezimierten und demoralisierten Blackfoot ein Abkommen unterzeichnet, in dem sie ihr heiligstes Gebiet **“Badger Two Medicine”** an die USA abtraten. Sie behielten sich das Recht auf freien Zugang zur Religionsausübung und zum Holz sammeln vor. **Badger Two Medicine** gehört heute zu einem der größten unberührten und unerschlossenen Landschaften in den USA mit Rückzugsgebieten u.a. für Grizzly-Bären und Wölfe. Nun soll auch dieses Gebiet der Ölförderung durch die belgische petrochemische Firma **Petrofina** (Niederlassung auch in Wien: **Fina**) sowie die US-Firma **Chevron** geopfert werden, selbstverständlich ohne auf die Bedeutung des Gebietes für die **Blackfoot** Rücksicht zu nehmen.

Ebenso sind die Lebensgebiete der **Lubicon Cree** in Kanada durch den japanischen Holzriesen **Daishowa** gefährdet (akin 26/91).

Das TATblatt

ist ein 14-tägig erscheinendes selbstverwaltes Informations- und Diskussionsorgan. Unser Ziel ist es aber nicht, irgendwelchen mystischen Objektivitäts- oder Ausgewogenheitsgeboten zu entsprechen.

Ein Medium ist immer nur ein Medium derer, die in ihm als Handelnde vorkommen! In bürgerlichen Medien handeln Unternehmer, Hausbesitzer, Regierungsmitglieder oder in deren Vertretung Polizei und Militär. Jene aber, die gegen menschenverachtende Projekte und Politik Widerstand leisten, die werden geräumt, werden geprügelt und werden festgenommen; kommen also nur als passiv Erduldende und Erleidende vor, ohne eigenen Antrieb (ferngesteuert) und vor allem ohne politische Bedeutung (ohnmächtig).

Im TATblatt, und das soll der Name zum Ausdruck bringen, handeln jene, die Straßen blockieren, Häuser besetzen, ... eben Widerstand leisten. Und diese sollen am Besten auch gleich selbst und ganz und gar subjektiv von ihrem Handeln berichten.

Auch die Antworten zu Fragen über Für und Wider von Basislohn, Militanz, Volkszählung usw. usf. werden wir uns nicht aus gebundenen Büchern herausuchen können; die müssen wir uns schon selbst suchen: Also miteinander debattieren und streiten lernen. Der Platz dazu soll im TATblatt sein.

Das TATblatt ist ein Projekt in Entwicklung. Nicht nur die Rechtschreibfehler und die gegen-Null laufende Numerierung deuten darauf hin. Welche aber Rechtschreibfehler, die Suche nach einem eigenen Schreibstil oder die Auseinandersetzung mit widersprüchlichen Meinungen nicht abschreckt, die können an der Entwicklung eines unabhängigen linken Zeitungsprojekts mitarbeiten.

Die TATblatt-Kollektive:

TATblatt-Wien: 1060 Wien, Gumpendorferstraße 157/11; Telefon: (0222) 56 80 78; Plenum: jeden Donnerstag um 19 Uhr

TATblatt-Graz: Kontakt: 8010 Graz; Kastelfeldgasse 34/16

TATblatt-Linz: Kontakt: Infoladen Linz; 4020 Linz; Pfarrgasse 34/16

TATblatt-Innsbruck: Treffen jeden Mittwoch nach Erscheinen im Seminarraum des Politikwissenschaftsinstitutes der Uni Innsbruck um 20 Uhr.

P.b.b. Verlagspostamt 1060 Erscheinungsort Wien

Achtung AbonnentInnen! Die im Adreßpickerl unterhalb deines Namens in doppelter Klammer angegebene Zahl ist die Nummer jenes TATblatts, die du als letzte im Rahmen deines Abos zugeschickt bekommst, wenn du nicht rechtzeitig verlängerst!

Impressum:

Medieninhaberin, Herausgeberin, Herstellerin und Verlegerin:

Unabhängige Initiative Informationsvielfalt; 1060 Wien; Gumpendorferstraße 157/11

Telefon: NEUNEUNEUNEUI (0222) 568078 Konto: P.S.K. 7547 212

DVR Nr. 0558371

Druck: Eigendruck

Redaktionelle Beiträge sind als solche bezeichnet. LeserInnenbriefe und nicht als redaktionell gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion, sondern die der Schreiberin oder des Schreibers wieder.



Wir begrüßen Sie aufs herzlichste in der Heimat, Herr Polacek!
...und im Einzelnen:

...im Abo:

Ein TATblatt-Abo kostet S 96,— für 10 Ausgaben oder S 190,— für 20 Ausgaben, sofern deine Postanschrift innerhalb Österreichs liegt. Außerhalb dieser Grenzen kostet ein 10-Nummern-Abo S 150,—. Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, durch freiwillig erhöhte Abogebühren das TATblatt finanziell zu unterstützen.

TATblatt-Abos beginnen an dem Zeitpunkt zu laufen, zu dem die Abogebühren bei uns eingelangt sind (und zwar ausnahmslos!) Also: Wenn du abonnieren willst, so zahle möglichst rasch den beiliegenden Erlagschein ein. Falls keiner beiliegen sollte, so überweise das Geld auf P.S.K. 7547 212; Empfängerin „Unabhängige Initiative Informationsvielfalt“ eintragen! Das Abo endet automatisch nach Auslieferung von 10 oder 20 Ausgaben, wenn es nicht rechtzeitig durch Neu-Einzahlung verlängert wird.

WIEN 1: ● BH Brigitte Hermann (Grünangergasse 1) ● BH Kolisch (Rathausstraße 18) ● BH Südwind (Kleeblattgasse 4) ● BH Winter (Landesgerichtsstraße 20) ● Zeitungskiosk R. A. Keream (Kärntnerpassage — beim U4-Abgang) ● BH Zentralbuchhandlung (Stephansplatz) **WIEN 2:** ● BH Rive Gauche (Taborstraße 11b) **WIEN 3:** ● Bauern/Bäuerinnenhof-Produkte-Direktverkauf „Unser Laden“ (Apostelgasse 17) ● BH Sprachlos (Radetzkystraße 6) **WIEN 6:** ● BH/Platten VKA (Stieggasse 20) ● Beisl KuKu (Linke Wienzeile 98) ● Platten.Why Not (Otto Bauer Gasse 16) **WIEN 7:** ● Naturmarkt St Josef (Zollergasse 26) **WIEN 8:** EZA („3.W“ EZA (Lerchenfelderstraße 18-24) ● Bio Makrokosmos (Strozzigasse 38) **WIEN 9:** ● BH Buchwelt (Schwarzspanierstraße 15) ● BH Reisebuchladen (Kolingasse 6) ● Autonome Selbsthilfe (Marktgassee 21 bis 23; Mo/Di/Do 16-20; Mi 13-20) **WIEN 10:** ● BH Schiebl (Laxenburgerstraße 48) ● MieterInnen-Interessensgemeinschaft (Antonsplatz 22; Mo&Mi 15-18.30) **WIEN 15:** ● Antiquariat W. Simon (Iheringgasse 18; Do 15-20; Fr 15-18) **WIEN 16:** ● Beisl Cl: Payergasse 14) ● Beisl B.A.C.H. (Bachgasse 21) **GRAZ:** ● Friedenswerkstatt (Paulustorgasse 3) ● Dradiwaberl-Antiquariat (Zinzendorfergasse) ● Bücherstube (Prokopigasse 16) **LINZ:** ● Alternativladen (Zollamtsstraße 20) ● BH Alex (Hauptplatz) **INNSBRUCK:** ● Am Haven (Innrain 157) ● BH Parnaß (Speckbacherstraße 21) **SCHWERTBERG:** ● Kulturverein KANAL (Josefetal 21) **SCHWAZ IN TIROL:** ● „Dritte Welt Laden“
Änderungen vorbehalten! Stand September 1991